Vom Bestsellerautor von *Der Crash kommt*

Max Otte

WELTSYSTEM CRASH

Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung

FBV

SPIEGEL Bestseller

Max Otte

WELTSYSTEM CRASH

Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung

FBV

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Für Fragen und Anregungen:
info@finanzbuchverlag.de

7. Auflage 2020

© 2019 by FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH,
Nymphenburger Straße 86
D-80636 München
Tel.: 089 651285-0
Fax: 089 652096

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Die im Buch veröffentlichten Ratschläge wurden von Verfasser und Verlag sorgfältig erarbeitet und geprüft. Eine Garantie kann dennoch nicht übernommen werden. Ebenso ist die Haftung des Verfassers beziehungsweise des Verlages und seiner Beauftragten für Personen-, Sach- und Vermögensschäden ausgeschlossen.

Projektleitung: Georg Hodolitsch
Korrektorat: Manuela Kahle, Anne Horsten, Silvia Kinkel
Lektorat: Matthias Michel
Umschlaggestaltung: Marc-Torben Fischer
Umschlagabbildung: Shutterstock.com/zentilia
Grafiken: Achim Schmidt, Müjde Puzziferri
Satz: Daniel Förster, Belgern
Druck: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

ISBN Print 978-3-95972-282-7
ISBN E-Book (PDF) 978-3-96092-520-0
ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-96092-521-7

Weitere Informationen zum Verlag finden Sie unter:

www.finanzbuchverlag.de

Beachten Sie auch unsere weiteren Verlage unter www.m-vg.de.

Gewidmet allen, die auch in verrückten Zeiten
den Dialog mit Andersdenkenden suchen.

INHALT

Vorwort 11
Einleitung 13

Teil I
Der Weg in die Krise 21

Kapitel 1
Die Welt vor dem Systemcrash 23
Von der »Neuen Weltordnung« zum Chaos 29
Ein neuer Kalter Krieg in Europa und wachsende Spannungen in Asien . . 34
Auch im Westen brodelt es 38
Eine labile Weltwirtschaft 43

Kapitel 2
Die Vereinigten Staaten von Amerika und das langsame Ende der Nachkriegsordnung 45
Die amerikanische Weltordnung von 1945 bis 1990 53
Der Aufstieg der Neokonservativen 61
Die USA: ein Imperium? 70

Kapitel 3
Der Aufstieg Chinas 75
Die Neue Seidenstraße 80
Die Schweiz und Italien treten der Initiative bei 83
Die chinesische Expansionsstrategie erreicht Lateinamerika und Afrika . . 85
Der Internationale Währungsfonds unter Druck 88
Vom Billigproduzenten zum Technologieführer 91
Mit voller Fahrt in den Handelskrieg 94
Aufrüstung zur See: Wiederholt sich die Geschichte? 95

Kapitel 4
Der lange Abschied von Bretton Woods 103
Das Ende der Globalisierung? 106
Der Nixon-Schock und die Folgen 109
Ronald Reagan, die neoliberalen Reformen und der amerikanische Unilateralismus 114
Währungspolitik von Reagan bis Obama 116
Handel und Wirtschaft – die amerikanischen Regeln 121
US-Handelspolitik von Clinton bis Obama 123
Sanktionen und Wirtschaftskrieg 129
Strukturelle Macht und Erpressung 132

Teil II
Im Crashmodus 137

Kapitel 5
Die unbewältigte Finanzkrise 139
Geldpolitik im Hyperdrive: von Greenspan zu Bernanke 140
Das Kartenhaus der globalen Schulden 149
Europa: etwas niedrigere Staatsschulden, dafür ein maroder Bankensektor 155
Japan, China und die Emerging Markets 157
Die Folgen von falscher Regulierung und Niedrigzinsen 164
Der nächste Crash 169

Kapitel 6
Der Abstieg der Mittelschicht 175
Lohnzurückhaltung und Globalisierungsfalle 180
Die Explosion der Vermögenspreise 186
Volatile Finanzmärkte 191
Auf dem Weg zum Rentenkollaps 194
Öffentliche Güter 195
Der Populismus: Folge, nicht Ursache des Systemversagens 199

Kapitel 7
Beutewirtschaft, Finanzkapitalismus und die Herrschaft der Superreichen 203
Die Herrschaft der Superreichen 209

Eine Reform des Finanzsystems wäre möglich 214
Solidarische und unsolidarische Eliten 221
Die Kosten der Ungleichheit 226

Kapitel 8
Donald Trump, der Populismus und das System 235
Wahlkampf und Sieg 238
Auf dem Boden der außenpolitischen Realität: Das Imperium schlägt zurück 246
Migrations-, Innen- und Wirtschaftspolitik 253
»Verschwörungen«, Enthüllungen und die Mainstream-Medien: Moskau mischt mit – oder doch nicht? 256
Im Vorwahlkampf 262

Kapitel 9
Die Europäische Union: auf dem Weg in die EUdSSR 265
Das institutionelle Europa: ein komplexer Flickenteppich 268
Europa als Akteur: zerstritten, wehrlos und fremdbestimmt 283

Kapitel 10
Der Euro-Crash 293
Mit Vollgas vor die Wand: Europäisches Währungssystem, Euro und EZB 294
Das Euro-Desaster: auf dem Weg in die Planwirtschaft 300
Der »Krieg gegen das Bargeld« 309
Mehr Planwirtschaft und Umverteilung: Bankenunion, Sicherungssysteme, Arbeitslosenversicherung und Haushalt der Eurozone 312
Europa vor der Zerreißprobe 314

Kapitel 11
Deutschlands Abstieg 323
Modell Deutschland 328
Deutschland steigt ab 332
Das »dumme deutsche Geld« und seine Profiteure 335
Der EZB-Schock: Die Deutschen bilden das Schlusslicht bei der privaten Vermögensbildung in der Eurozone 340
Die Deutschland AG wird abgewickelt, Deutschland abgezockt 345
Folgenschwere Fehler Helmut Kohls, rot-grüne Fehlentscheidungen und die katastrophale Kanzlerschaft Angela Merkels 349
Fallstudie: der Niedergang des deutschen Bildungssystems 354

Kapitel 12
Deutschland im Weltkrieg um Wohlstand 357
Nationalstaaten als Wirtschaftsakteure 358
Produktivkräfte, materielle und immaterielle Wettbewerbsvorteile 364
Deutschland – ewiger Loser bei grenzüberschreitenden Fusionen und Übernahmen 370
Der Zermürbungskrieg gegen das deutsche Bank- und Finanzsystem . . . 377
Der Feldzug gegen die Automobilbranche 384

Kapitel 13
Fake News, Überwachungsstaat, Repression und die Geburt einer neuen Weltordnung 389
Drei Zukunftsszenarien 393
Das Ende der Aufklärung 399
Lügen in Zeiten des Krieges 403
Der Weg zur Knechtschaft 411

Teil III
Auswege 423

Kapitel 14
Einen klaren Kopf bewahren 425

Kapitel 15
Wie Sie sich auf die Krise vorbereiten 437
Rückblick: Welche Vermögen wurden seit der Finanzkrise angegriffen? . . 441
1. Treffen Sie Vorkehrungen für den Fall des Systemcrashs 446
2. Ihre Geldanlagen sind »Chefsache« – und zwar Ihre ganz persönliche . . 451
3. Verschaffen Sie sich eine finanzielle Schwimmweste – oder besser noch ein Rettungsboot 454
4. Machen Sie sich ein Bild über die verschiedenen Vermögensklassen . . 456
5. Suchen Sie sich sichere Länder und Banken 466
6. Erstellen Sie Ihre persönliche Vermögensbilanz 472
7. Erarbeiten Sie sich einen Einnahmen- und Ausgabenplan 474
8. Stellen Sie Ihre Einnahmen auf eine sichere und breitere Basis 476

Kapitel 16
Kapitalanlagen für die Krise 479
Strategische Vermögensaufteilung für die Krise 480
Vermögensaufteilung in der Krise 483
Gold und Edelmetalle 484
Unsicherheitsfaktor Notenbanken 488
Gold in verschiedenen Formen 489
Aktien von Goldminenbetreibern 492
Bargeld, Anleihen und Devisen 494
Immobilien 496
Aktien 499
Königsaktien finden 503
Gier, Furcht und der Unternehmenswert 508
Wir können Krise 510
Don't lose! 511

Anhänge 515
I – Wirtschaftszyklen, Wirtschafts- und Finanzkrisen:
Warum sie immer wieder kommen 517
II – Angelsächsischer Finanzkapitalismus und das deutsch-
mitteleuropäische Gegenmodell 525
III – Arthur Ponsonby: Die Prinzipien der Kriegspropaganda 527
IV – Finanzwebseiten und alternative Nachrichtenseiten 528

Danksagung 531

Literaturverzeichnis 533

Anmerkungen 571

Stichwortverzeichnis 621

VORWORT

Ich habe nicht für Zustimmung und Applaus in der Gegenwart geschrieben, sondern für die Nachwelt; und ich werde zufrieden sein, wenn in der Zukunft Menschen, die sich mit diesen Vorkommnissen befassen oder mit Vorkommnissen, die mit großer Wahrscheinlichkeit in ähnlicher Form erfolgen werden, meine Erzählung nützlich finden werden.

Thukydides, Der Peloponnesische Krieg

Lange habe ich mich gesträubt, einen Nachfolger zu *Der Crash kommt* zu schreiben. Das hat mindestens fünf Gründe. Erstens ist es natürlich schwer, einen Megaerfolg wie *Der Crash kommt* zu toppen. Das Buch ging allein in Deutschland fast 500.000-mal über den Ladentisch und wurde in ein halbes Dutzend Sprachen, darunter Bulgarisch, Polnisch und Chinesisch, übersetzt. »Max Otte legte mit *Der Crash kommt* im Jahr 2006 eine saubere Analyse vor, erklärte komplizierte Sachverhalte breitenwirksam und hatte zudem etwas Glück. Er dürfte deshalb zu Recht der erfolgreichste deutsche Crash-Guru aller Zeiten sein.«[1] Jeder Versuch einer Wiederholung verbot sich daher von selbst.

Zweitens habe ich in dem Zeitraum von mehr als einem Jahrzehnt, der seitdem vergangen ist, mehrere erfolgreiche Unternehmen aufgebaut. Wer selbst Unternehmer ist oder wirtschaftlich auf eigenen Beinen steht, vermag vielleicht nachzuvollziehen, wie viel Energie dafür nötig ist.

Drittens verspüre ich nicht das Bedürfnis, zu allem und jedem ein Buch auf den Markt zu werfen, sondern warte lieber in Ruhe ab, bis die Zeit reif ist.

Viertens kopiere ich mich nicht gern selbst. Immer wieder wurde mir von wohlmeinenden Menschen nach der Finanzkrise und dem Megaerfolg von *Der Crash kommt* geraten, doch ein weiteres Buch zu schreiben, um an den Erfolg anzuknüpfen. Jemand riet mir, ein Buch mit dem Titel *Der Aufschwung kommt* zu

verfassen. Da würde ich dann gleich den nächsten Hit landen, meinte er. Das habe ich nicht getan. Aber andere kopierten fleißig. Es erschienen nacheinander die Titel *Die Inflation kommt*[2] und *Der Staatsbankrott kommt*[3]. Schließlich schrieb ein Vermögensverwalter tatsächlich ein Buch mit dem Titel *Der Aufschwung kommt.*[4] Das Titelformat hat weiter Konjunktur: In jüngster Zeit erschienen *Der Terror kommt* sowie *Megacrash – Die große Enteignung kommt.*[5]

Und fünftens – das war meine größte Sorge – würde dieses neue Buch noch mehr als *Der Crash kommt* außerhalb der Komfortzone vieler Menschen liegen, weil es noch ungemütlicher würde. Die Welt hat eine Richtung genommen, wie ich sie in *Der Crash kommt* zwar leise als Gefahr angedeutet, mir sie aber ansonsten für meine Albträume reserviert habe. Der Schuldenstand der Welt ist durch diverse Banken- und Eurorettungsaktionen auf den höchsten Stand aller Zeiten gestiegen, Krieg und Krisen brechen aus, eine Migrations- und Terrorwelle überschwemmt Europa und die Gesellschaften sind zunehmend zerrissen und polarisiert. Es droht nicht nur ein Finanzcrash, sondern ein Crash des Weltsystems. Wenn wir diesen abwenden oder uns wenigstens darauf vorbereiten wollen, müssen wir die Ursachen und Gründe analysieren.

Deshalb lege ich mehr als dreizehn Jahre nach *Der Crash kommt* dieses Buch nun doch vor.

EINLEITUNG

Prüft jedoch alles und behaltet das Gute!

1. Thessalonicher 5:21

In dem Science-Fiction-Spektakel *Matrix* muss der von Keanu Reeves verkörperte Protagonist Neo erleben, wie seine gesamte bisherige Welt zusammenbricht und er in einer Welt erwacht, wie er sie sich in seinen düstersten Albträumen nicht vorgestellt hatte. In einer postapokalyptischen Landschaft herrschen die Maschinen. Für ihren eigenen Energiebedarf bauen sie Menschen an, die sie in Millionen Flüssigkeitsbehältern halten. Die unbeweglichen Körper sind über Kabel mit einem System, der »Matrix«, verbunden, das ihnen eine virtuelle Realität vorspielt. Der Moment, in dem die Hauptperson Neo erwacht und zum ersten Mal diese Welt erblickt, ist einer der beeindruckendsten Momente der jüngeren Filmgeschichte.

Eine geschickt aufgebaute Handlung führt zu diesem Moment. Immer wieder erlebt Neo in seiner Welt – seiner Traumwelt, wie sich herausstellt – Inkonsistenzen. Manche Begebenheiten passen einfach nicht. Schließlich wird er von Morpheus, dem Anführer des Widerstandes gegen die Maschinen, vor die Wahl gestellt:

> Dies ist deine letzte Chance. Danach gibt es kein Zurück. Wenn du die blaue Pille nimmst, endet diese Geschichte. Du wachst in deinem Bett auf und glaubst, was du glauben willst. Wenn du die rote Pille nimmst, bleibst du im Wunderland und ich zeige dir, wie tief das Kaninchenloch wirklich ist. Denk daran: Ich biete nur die Wahrheit an. Nicht mehr.

Ich bin nicht der Erste, der die Szene von der blauen und der roten Pille zitiert. Im vorliegenden Buch werde ich sehr unangenehme Themen ansprechen und sehr unbequeme Erklärungen anbieten. Einige von Ihnen werden vielleicht denken: »Das

kann doch nicht wahr sein!« Vielleicht sogar: »Das kann nicht wahr sein, weil es nicht wahr sein darf.« Manche von Ihnen werden das Buch vielleicht aus der Hand legen, weil es ihnen zu unangenehm ist.

Machen wir uns nichts vor: Die meisten Menschen ziehen es vor, in ihrer Matrix zu leben, und zwar egal, ob die »echte« Welt ein Albtraum oder ob sie eigentlich ganz nett ist. Seit Platon wissen wir, dass die Welt, die wir wahrnehmen, eine Projektion unseres Gehirns ist. Neurowissenschaftler, Anthropologen und Soziobiologen wissen mittlerweile recht gut, wie sich unser Denken entwickelt hat und wie es funktioniert: lückenhaft und selektiv, oft vorschnell und emotional sowie am Gruppenkonsens orientiert.[1] Echtes Denken ist selten. Und anstrengend. Deswegen gibt es zum Beispiel in der Finanzwelt so wenige gute Investoren und so viele Schwätzer. Und deswegen machen wir es uns so gern in unserer selbstgemachten oder für uns von anderen vorbereiteten Matrix bequem.

Aber ich schreibe nicht für alle. Ich schreibe für diejenigen, die wirklich nach Erklärungen suchen für das Chaos, das derzeit auf der Welt herrscht, die Bedrohung der Freiheit, den Populismus, den Abstieg der Mittelschicht, die Kriege. Die bereit sind, ihre eigene Matrix infrage zu stellen. Es wird in diesem Buch auch um Krieg und Leiden gehen, Tatsachen, die im neuen Jahrtausend genauso präsent sind wie im vergangenen.

Dabei greife ich auf einen reichen Fundus von Klassikern und aktuellen politischen Denkern zurück, von Thukydides über Halford Mackinder und Carl Schmitt bis zu Robert Gilpin und Henry Kissinger. Alle diese Denker gehören der »realistischen Schule der Politikwissenschaft« an. Ich bin zwar als Ökonom bekannt, habe aber auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen viel geforscht.[2] In diesem Buch stütze ich mich bei meiner Analyse der Ursachen und Folgen der aktuellen Weltkrise auf die gerade erwähnte realistische Schule der Politikwissenschaft, die meiner Ansicht nach die Welt besser erklären kann als Sozialismus und (Neo-)Liberalismus. Zudem sind in den letzten Jahren große Fortschritte auf dem Gebiet der Gehirnforschung, der evolutionären Erkenntnistheorie, der Anthropologie und der Soziobiologie gemacht worden. Sie stützen meinen Erklärungsansatz. Shit happens. Heute wissen wir viel besser, warum.

***

Es sind verschiedene Mechanismen unseres Gehirns, die uns immer wieder Fehler machen lassen: das (vor)schnelle, instinktgetriebene und intuitive Denken, die selektive Wahrnehmung, das Phänomen der kognitiven Dissonanz und das Gruppendenken. Diese Mechanismen waren im Verlauf unserer Evolution überlebenswichtig – und sie sind es oft immer noch –, aber verleiten uns in der modernen, komplexen und technisierten Welt auch dazu, Fehler zu machen. Sie lassen uns simpler Propaganda folgen, in der Matrix der Medien gefangen bleiben, Gruppendenken und Ausgrenzung betreiben und kolossale Fehler begehen. Im schlimmsten Fall lassen wir uns in unnötige Kriege hineinziehen.[3]

Denn Kriege beginnen fast immer mit Lügen. Das war beim Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 der Fall, als Otto von Bismarck mit der »Emser Depesche« einen Kriegsgrund inszenierte, beim Krieg, den die USA 1903 gegen Kolumbien führten, um Panama abzuspalten und sich die Kontrolle über den Kanal zwischen Atlantik und Pazifik zu sichern[4], und beim Vietnamkrieg, der mit dem Zwischenfall im Golf von Tonkin Fahrt aufnahm. Auch dieser Zwischenfall, wie sich im Nachhinein herausstellte, war inszeniert.

In jüngerer Zeit begannen beide Kriege der USA gegen den Irak mit Lügen. Im Ersten Irakkrieg 1990 war es die professionell inszenierte »Brutkastenlüge«, die die amerikanische Öffentlichkeit mobilisierte, im Zweiten Irakkrieg die Lüge von irakischen Massenvernichtungswaffen, die der sichtlich gestresste Außenminister Colin Powell der UNO auftischen musste. Zwar brachte Powell einen Disclaimer an – er sagte: »nach dem, was mir meine Quellen berichten« –, aber es war ihm wohl klar, dass er die Unwahrheit verbreiten musste, damit die USA einen Kriegsgrund hatten. In ihren Büchern und Vorträgen zeigen der Politik- und Islamwissenschaftler Michael Lüders und der Friedensforscher Daniele Ganser auf, wie westliche Politik, gestützt auf Lügen und Legenden, den Nahen Osten ins Chaos gestürzt hat, mit Folgen, die wir ab 2015 auch in Deutschland unmittelbar zu spüren bekamen.[5]

Im Bücherschrank meines Vaters stand *Psychologie der Massen* von Gustave Le Bon, ein Klassiker aus dem Jahr 1895. In diesem Buch legt der Arzt und Psychologe eine Theorie des Herdentriebs vor und zeigt systematisch auf, wie in vielen Massenphänomenen das Unbewusste die Entscheidungen der Menschen beeinflusst: »Die bewusste Persönlichkeit schwindet, die Gefühle und Gedanken aller Einzelnen sind nach derselben Richtung orientiert.«[6] Das »Gehirnleben« tritt zurück,

das »Rückenmarkleben« herrscht vor. »In der Gemeinschaftsseele versinkt das Ungleichartige im Gleichartigen, und die unbewussten Eigenschaften überwiegen.«[7]

Heute ist das, was Le Bon so treffend beschrieb, durch viele wissenschaftliche Experimente erhärtet. Der israelisch-amerikanische Psychologe Daniel Kahneman nennt es »schnelles Denken«. Es läuft intuitiv, reflexartig und automatisch ab, während bewusstes, rationales Denken langsam ist. Kahneman erhielt 2002 den Nobelpreis für Ökonomie, und zwar für seine Forschungen im Bereich »Behavioral Finance« (verhaltenstheoretische Erklärungsansätze bei ökonomischen Entscheidungen), in denen er das Herdenverhalten bei Investmententscheidungen auf spezielle Gehirnaktivitäten zurückführen konnte. Probanden wurden in einen Kernspintomografen geschoben und mit Fragen zu Geldanlagen konfrontiert. Diese sollten sie per Knopfdruck beantworten. So wurden sie gefragt: »Hätten Sie lieber 100 Dollar jetzt oder 110 Dollar in vier Monaten?« Die Fragen waren zum Teil sehr einfach, zum Teil aber recht knifflig. Der Kernspintomograf machte sichtbar, welche Bereiche des Gehirns bei der Beantwortung der Fragen besonders aktiv waren.

Die Erkenntnisse waren verblüffend: Immer wenn sich der Proband für die sofortige Geldauszahlung entschied, war besonders der Hirnstamm aktiv, Le Bons »Rückenmark«. Dieser evolutionsgeschichtlich sehr alte Gehirnteil ist auch bei Reptilien vorhanden und wird deswegen auch »Reptiliengehirn« genannt. Das bewusste Denken, für das das Großhirn verantwortlich ist, wurde nur dann »eingeschaltet«, wenn der Teilnehmer der Studie sich für eine spätere Geldauszahlung entschied.

Kahnemans Schlussfolgerung: Ein Großteil unseres Investmentverhaltens wird von Mechanismen gesteuert, die aus einer Zeit stammen, als es nur um eines ging: ums Fressen oder Gefressenwerden. Kampf, Angriff oder Flucht sind Verhaltensmuster, die uns bis heute beeinflussen. Bei der Geldanlage oder bei vielen anderen Entscheidungen sollten jedoch nicht Emotionen den Ausschlag geben, sondern ein kühl kalkulierender Kopf, der zukünftige Renditen und Risiken möglichst sachlich und nüchtern analysiert. Spontane Reaktionen sind absolut kontraproduktiv. Wir steuern unsere Investmententscheidungen mit Mechanismen, auf die sich auch Reptilien verlassen. Erfahrene Anleger haben damit den Beleg für das, was sie schon immer wussten: 90 Prozent des Anlageerfolgs bestehen darin, die eigenen Emotionen unter Kontrolle zu halten. Das Kahneman-Experiment hat gezeigt,

warum Anleger sich gelegentlich extrem idiotisch verhalten. Und was für Anlageentscheidungen gilt, gilt auch für viele andere Bereiche des Lebens.

Der kognitive Archäologe Steven Mithen, langjähriger Leiter der School of Human and Environmental Sciences an der University of Reading hat mit *Prehistory of the Mind* eine Entstehungsgeschichte menschlichen Denkens geschrieben.[8] Nach Mithen hat sich das Denken in verschiedenen relativ unabhängigen Modulen entwickelt, die in uns angelegt sind, so der allgemeinen Intelligenz, der Sprachfähigkeit, der Umwelterkennung und der sozialen Intelligenz. Erst relativ spät in unserer Entwicklung vernetzten sich die verschiedenen Module zum Denken des modernen Menschen.

Der Mensch ist als Gruppenwesen stark geworden, als wir durch die Savannen Afrikas streiften.[9] Nur in der Gruppe konnten wir überleben. Mithen – wie viele Evolutionsbiologen – geht davon aus, dass mehr als die Hälfte unseres Denkens von der sozialen Intelligenz in Anspruch genommen wird. Wir vergleichen uns ständig mit anderen und versuchen, unsere Position in der Gruppe zu bestimmen. Wir registrieren, wenn wir auf- oder absteigen oder wenn sich das Gefüge in der Gruppe verändert.[10] Auch das permanente Vergleichen in der Statusgruppe ist »Problemlösung« – soziale Problemlösung. Wenn sich jemand zu sehr vom Gruppenkonsens entfernt, läuft er oder sie Gefahr, ausgestoßen zu werden. So wird bei einer nüchternen Betrachtung klar, warum sich so wenige Menschen trauen, das Gruppendenken zu verlassen, und warum wirklich unabhängiges Denken selten ist.

Unsere menschliche Wahrnehmung ist zudem fokussiert und zielorientiert. Die menschlichen Augen gleichen Raubtieraugen, der Blick ist nach vorn gerichtet, um Objekte und Beute zu fixieren. Die Augen von Pflanzenfressern hingegen sind seitlich am Kopf platziert, um ein möglichst breites Umfeld zu überblicken. Das Grundmuster des Verhaltens von Menschen und Raubtieren ist ein »hin zu«, während bei Pflanzenfressern zuerst die Fluchtinstinkte angesprochen werden: »weg von«. Erstmalig hat diese Muster der Universalphilosoph Oswald Spengler in seiner Schrift *Der Mensch und die Technik* beschrieben.[11]

Diese ererbte Zielorientierung hilft uns auch in Zeiten, in denen wir nicht mehr durch die Steppen und Savannen streifen und nach dem nächsten Beutetier Ausschau halten. Wir können uns ganz auf ein Ziel fokussieren und viele Widerstände überwinden oder einfach ausblenden, um es zu erreichen. Arnold Schwarzenegger,

der ehemalige Bodybuilder, Filmschauspieler und Gouverneur von Kalifornien, schuf sich seinen eigenen Mythos. Immer wieder erzählt er seine Lebensgeschichte und schreibt seine Erfolge maßgeblich seiner Fähigkeit zu, sich ganz auf ein Ziel zu konzentrieren und alles um sich herum auszublenden.

Wie selektiv unsere Wahrnehmung sein kann, zeigt das Experiment des unsichtbaren Gorillas, das Daniel Simons von der University of Illinois und Christopher Chabris von der Harvard University durchführten.[12] Testpersonen wurde ein Film gezeigt, in dem Spieler mit schwarzen und weißen T-Shirts einander einen Basketball zuwerfen. Die Probanden sollten zählen, wie oft der Ball von schwarz nach weiß und umgekehrt wechselt. Die meisten lösten ihre Aufgabe gut und nannten die korrekte oder eine nahezu korrekte Zahl. Was aber mehr als die Hälfte der Testpersonen nicht bemerkte: mitten im Spiel taucht ein Mann in einem Gorillakostüm auf, wandert in die Bildmitte, trommelt sich auf die Brust und geht wieder aus dem Bild. So fokussiert – und damit irregeleitet – kann unsere Wahrnehmung sein.[13]

Wenn unser Gehirn aber schon durch ein einfaches Experiment mit Spielern in schwarzen und weißen T-Shirts und einem Basketball zu ernsthaften Fehlleistungen verführt werden kann, wie viel schwieriger ist es dann, sich bei komplexen politischen Problemen, zum Beispiel beim Klimawandel oder bei der Ukraine-Krise, ein umfassendes und fundiertes Bild zu machen? Je komplexer die Themen, desto eher kann unser Unter- und Unbewusstes manipuliert werden.

Dass die Mainstream-Medien lückenhaft und tendenziös berichten, dürfte vielen Lesern dieses Buchs bewusst sein. Hier ist nicht die Stelle, das zu vertiefen. In diesem Buch analysiere ich die Realität hinter der Matrix. Wenn Sie sich zur Lückenhaftigkeit der Matrix der Medien informieren wollen, sind dazu mittlerweile viele Bücher von respektablen Autoren erschienen. Eines der ersten war *Mainstream* von Uwe Krüger, in dem sich der Medienwissenschaftler von der Universität Leipzig vor allem die Berichterstattung zur Ukraine-Krise vornahm.[14] Markus Gärtner, Chefredakteur unseres Informationsdienstes *Privatinvestor Politik*, schrieb ebenfalls darüber.[15] Für die Medienblasen des Mainstreams ist für Alexander Unzicker das Phänomen der kognitiven Dissonanz mitverantwortlich. In seinem aktuellen Buch mit dem Untertitel *Anleitung zum Selberdenken in verrückten Zeiten* liefert Unzicker eine umfassende Erklärung, warum die Medien arbeiten, wie sie arbeiten.

Die meisten Menschen haben ein mehr oder weniger fertiges, geschlossenes Weltbild. Das müssen sie auch haben, um die Masse der Informationen, die auf sie eindringen, verarbeiten zu können. Wenn sie aber mit Informationen konfrontiert werden, die dieses Weltbild infrage stellen, entsteht bei vielen Menschen ein Unbehagen, genau, wie es Neo in *Matrix* verspürte. Dieses Unbehagen halten wenige aus. Deswegen werden Nachrichten, die das eigene Weltbild infrage stellen, gern heruntergespielt oder verdrängt. Die verhaltenswissenschaftliche Forschung nennt das »Bestätigungsfehler« oder »Confirmation Bias«.[16] Das geht bis zur Sprachlenkung und gewollten Verdrängung. Im Jahr 2014 setzte die Aktion »Unwort des Jahres« zum Beispiel den Begriff »Lügenpresse« auf den Index der verpönten Wörter.[17]

Ja, es ist schwer, das eigene Weltbild zu hinterfragen. Deswegen machen es auch so wenige. Erfolgreiche Menschen stellen sich hingegen häufig selbst infrage.[18] Als Investor frage ich mich ständig: »Wo könnte ich falschliegen?« Das ist viel wichtiger (und schwieriger), als weitere Bestätigungen dafür zu suchen, dass ich richtigliege.

Diese »Selbstbestätigung« kann groteske Züge annehmen. In seinem Buch *The Broken Ladder* (»Die zerbrochene Leiter«) beschreibt der Psychologe und Neurowissenschaftler Keith Payne, wie wir als politisches Wesen funktionieren, warum die gegenwärtige Gesellschaftsordnung im Westen nicht mehr richtig funktioniert und welche Tricks uns das Gehirn dabei spielt. Er führt dazu viele aktuelle wissenschaftliche Experimente an. In einer in Schweden durchgeführten Umfrage wurden »linke« und »rechte« Probanden zu zwölf wichtigen politischen Fragen befragt. Sie sollten dazu einen Fragebogen ausfüllen. Während die Teilnehmer mit dem Fragebogen beschäftigt waren, beobachtete sie der Interviewer und füllte seinerseits ein zweites Blatt aus. Das Perfide daran: Er kreuzte bei der Hälfte der Antworten genau das Gegenteil von dem an, was der Teilnehmer angekreuzt hatte. Der manipulierte Fragenbogen wurde dann den Probanden in einer kontrollierten Situation zurückgegeben. Zudem wurden sie aufgefordert, ihre Meinung zu erklären, und gefragt, ob sie irgendetwas korrigieren wollten. Das schockierende Ergebnis: 47 Prozent der Probanden bemerkten gar nicht, dass die Antworten manipuliert worden waren. Und von den restlichen 53 entdeckten die meisten nur ein oder zwei Manipulationen, nicht alle sechs.[19]

Ja, Denken ist schwer!

Sind Sie bereit, Ihre Anschauungen und Denkmuster infrage zu stellten? Wollen Sie Ihre Wahrnehmung politischer Phänomene schärfen? Dann gehen Sie mit mir auf die Reise! Alles, was ich Ihnen anbieten kann, ist meine ungeschminkte Sicht der Dinge.

TEIL I

DER WEG IN DIE KRISE

KAPITEL 1

DIE WELT VOR DEM SYSTEMCRASH

Die Welt ist im Wandel, ich spüre es im Wasser, ich spüre es in der Erde, ich rieche es in der Luft.

Die Elbin Galadriel in Der Herr der Ringe

Die Welt bricht zusammen, und sie machen sich Sorgen um Nicaragua!

Der Politikwissenschaftler Robert Gilpin
anlässlich einer Nicaragua-Konferenz in Frühjahr 1990

Wie oft schon wurden ewiger Wohlstand, Wohlstand für alle oder auch der Weltfrieden ausgerufen! Und genauso oft enttäuschten diese hehren Visionen, nicht, weil sie es nicht wert waren, dass man für sie kämpfte, sondern weil sich die Natur der menschlichen Zivilisation nicht einfach grundlegend verändern lässt. Auf Aufschwungphasen folgen Abschwünge, auf lange Jahre der Ruhe stürmische Veränderungen, auf Frieden Krieg.

Max Otte, Der Crash kommt

Life is, in fact, a battle. Evil is insolent and strong; beauty enchanting, but rare; goodness very apt to be weak; folly very apt to be defiant; wickedness to carry the day; imbeciles to be in great places, people of sense in small, and mankind generally unhappy. But the world as it stands is no narrow illusion, no phantasm, no evil dream of the night; we wake up to it, forever and ever; and we can neither forget it nor deny it nor dispense with it.

Henry James, Theory of Fiction[1]

Robert Gilpin, Professor für internationale Beziehungen an der Princeton University, war von unauffälliger Erscheinung. Der kleine, leicht untersetzte Mann sprach leise, lebte zurückgezogen und drängte sich in Diskussionen nie auf. Vielleicht war gerade das der Grund, dass er mit seinen Büchern unser Verständnis für das derzeitige »Weltbeben« so tief bereichern konnte und kann. Als Gilpin 2018 starb, urteilte sein Kollege Aaron Friedberg, mein Doktorvater: »Bob war eine überragende Figur in der Theorie der internationalen Beziehungen, sicherlich einer der originellsten und wichtigsten Denker nach dem Zweiten Weltkrieg.«[2]

Ich erinnere mich an eine kurze Unterhaltung, die ich im Frühjahr 1990 mit ihm führte. Wir begegneten uns im imposanten Foyer der Woodrow Wilson School of Public and International Affairs an der Princeton University, wo gerade eine Konferenz über Nicaragua stattfand. Das kleine sozialistische Land genoss in den 1980er-Jahren einen gewissen Kultstatus, vor allem bei linken Intellektuellen. In Europa brach gerade der Kommunismus zusammen. Die Sowjetunion und andere Länder des real existierenden Sozialismus befanden sich in einem tiefgreifenden Wandel, an dessen Ende oft die Auflösung der entsprechenden Staatsgebilde stand. Wir wechselten ein paar Worte. Und dann sagte Gilpin einen Satz, der sich mir unauslöschlich ins Gedächtnis einbrannte: »*Die Welt bricht zusammen, und sie machen sich Sorgen über Nicaragua.*«[3]

Während sich alle Welt über den Zusammenbruch des Kommunismus freute, der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama gar das »Ende der Geschichte« ausrief, war Gilpin alles andere als zuversichtlich, ja tief besorgt. Auch für den »Hauptvertreter der internationalen politischen Ökonomie aus nicht-marxistischer Sicht«[4] war eine Zeitenwende eingetreten – doch für ihn war es der Beginn einer Epoche großer Umwälzungen und Gefahren, an deren Ende durchaus ein großer Krieg stehen konnte. Höchste Gefahrenstufe also.

Fast drei Jahrzehnte später lässt sich nicht leugnen: Gilpin hatte recht! Wir befinden uns mitten in einer tiefen und anhaltenden Weltkrise. Sie umfasst alle Lebensbereiche und umspannt den ganzen Globus. Innerhalb von zwei Jahrzehnten wurden Nordafrika und der Nahe Osten destabilisiert. Ein neuer Kalter Krieg zwischen Russland und den USA droht, Europa in den Abgrund zu reißen. Die Aufrüstung im Osten Europas schreitet seit der Ukraine-Krise in beängstigendem Tempo fort. Die Destabilisierung Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens hat dazu geführt, dass Europa von Migrationsströmen überschwemmt wird, was

zur Spaltung der dortigen Gesellschaften beiträgt. Handelskriege flammen auf, zwischen den USA und China, aber auch mit Europa. Spannungen im Südchinesischen Meer und auf der koreanischen Halbinsel halten uns immer wieder in Atem.

Nein, die »neue Weltordnung« gleicht keinesfalls dem, was Francis Fukuyama 1992 prognostizierte. Fukuyama schrieb damals, dass der »westliche Liberalismus« gesiegt habe und die größeren Konflikte der Menschheit zu Ende seien. Zwar werde es noch kleinere Diskussionen und Auseinandersetzungen geben, aber die großen Fragen seien gelöst.

Nun, die Geschichte meldet sich mit Wucht zurück. Nichts ist weiter von der Realität im Jahr 2019 entfernt, als Fukuyamas Vision einer friedlichen, fast langweiligen Welt. Stattdessen finden wir uns in einer Welt wieder, auf welche die von Fukuyamas Kollegen Samuel Huntington vertretene Theorie vom »Kampf der Kulturen« viel eher zuzutreffen scheint.[5] Für den neokonservativen Theoretiker Robert Kagan gleicht der aktuelle Zustand eher der unübersichtlichen Welt Marco Polos: Die internationalen Beziehungen stellen sich mehr als Dschungel denn als wohlgeordnetes Staatensystem dar.[6]

In den letzten Jahren sind etliche Bücher erschienen, die sich mit diesen Veränderungen und Umwälzungen befassen. Manche davon, wie *Weltbeben* des ehemaligen *Handelsblatt*-Herausgebers Gabor Steingart[7] und *Machtbeben* von Dirk Müller, wurden zu Bestsellern.[8] *Weltbeben* ist brillant geschrieben und fesselt. Vordergründig. Es finden sich darin drastische Aussagen und Zustandsbeschreibungen, auf die ich später an geeigneter Stelle zurückkommen werde. Wie bei einer schnell geschnittenen Reportage fängt die Kamera deutliche und schockierende Bilder ein. Aber dabei bleibt es auch. *Weltbeben* ist eine Momentaufnahme der Welt, die den Leser etwas benommen und verwirrt ob des Tempos der Schnitte und des Mangels an tieferen Erklärungen zurücklässt.

Nicht nur das internationale System ist im Wandel; auch in den Gesellschaften der reichen Industrienationen, gemeinhin als »der Westen« bekannt, brodelt es. Neue Bewegungen zweifeln die bestehende politische Ordnung beziehungsweise das System an, teils als politische Partei wie in Österreich die FPÖ, in Deutschland die AfD, in Frankreich der Rassemblement National (früher Front National) und in den Niederlanden die Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders und das Forum voor Democratie, in Italien das Movimento 5 Stelle (5-Sterne-Bewegung) und die Lega Nord, in Spanien VOX, teils als Bürgerbewegung wie die Gelbwes-

ten in Frankreich oder die Brexit-Bewegung in Großbritannien. Bei der EU-Wahl im Mai 2019 wurden der Rassemblement National und die Brexit Party in ihren Ländern stärkste Kraft. In den USA hat es mit Donald Trump ein bekennender Populist ins Präsidentenamt geschafft, in Österreich befand sich die Freiheitliche Partei bis zur Ibiza-Affäre um Vizekanzler Heinz-Christian Strache in der Regierungsverantwortung.

Aufgrund ihrer starken Kritik am System werden die neuen politischen Bewegungen von den Mainstream-Medien gern als »populistisch« bezeichnet. Bei all ihrer Unterschiedlichkeit teilen die Populisten die Sorge um den Rechtsstaat, betrachten Migration äußerst kritisch, sehen die Mittelschicht als bedroht an und diagnostizieren dysfunktionale Politikeliten. Fast alle wollen den Nationalstaat stärken und die Einwanderung kontrollieren.

Dabei hat der Populismus durchaus ökonomische Gründe. Das Wirtschaftswachstum in den Industrienationen ist schwach; das Produktivitätswachstum, zumindest im Westen, auf dem niedrigsten Niveau seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Millionen Angehörige der Mittelschicht sind ökonomisch bedroht oder bereits in die Armut abgerutscht. »Viele Sorgen, die der Gegenbewegung zur Globalisierung zugrunde liegen, sind real«, schreiben die OECD-Ökonomen in ihrem »Beschäftigungsausblick 2017« über die Arbeitsmärkte der 34 Industriestaaten.[9]

Vor beinahe einem Vierteljahrhundert, im Jahr 1996, landeten die damaligen *Spiegel*-Redakteure Hans-Peter Martin und Harald Schumann mit *Die Globalisierungsfalle – Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand* einen Megabestseller, der 800.000-mal über den Ladentisch ging und in 27 Sprachen übersetzt wurde.[10] Die Autoren argumentieren, dass durch die Globalisierung Mittelschicht und Demokratie unter Druck geraten, unter anderem weil die Staaten durch den Standortwettbewerb erpressbar werden. Fünf Jahre später legte Harvard-Professor Dani Rodrik in *Das Globalisierungs-Paradox: Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft* nach. Die Globalisierung würde dann am besten funktionieren, wenn sie nicht zu weit getrieben würde.[11] Diese eigentlich kritische Sicht der Dinge hört man heute in den Mainstream-Medien und von linksliberaler Seite immer seltener.

Stattdessen verbreiten der Mainstream und die etablierten Parteien von »konservativ« über liberal, grün und sozialdemokratisch ein unkritisches Hohelied auf die Globalisierung und stellen jede Rückbesinnung als potentielle Katastrophe dar. »Unter den modernen Atheisten gilt Zweifel am Fortschritt gewissermaßen

als Blasphemie«, schreibt John Gray, Professor für Ideengeschichte und Literatur an der London School of Economics. »Anzunehmen, dass man den Fortschrittsmythos abschütteln könnte, würde bedeuten, der modernen Menschheit eine Fähigkeit zur Verbesserung zuzubilligen, die noch weit über jene hinausgeht, die sie selbst für sich in Anspruch nimmt.«[12]

Wenn fanatisch darauf beharrt wird, dass die Globalisierung nur eine Richtung haben darf, fühlt man sich an die Worte »vorwärts immer, rückwärts nimmer« erinnert, die der SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker anlässlich des 40-jährigen Bestehens der DDR am 7. Oktober 1989 sprach. Einen Monat später brach die Revolution aus.

Im Jahr 2006 veröffentlichte ich *Der Crash kommt*. Darin prognostizierte ich eine große Finanzkrise für die Zeit zwischen 2007 und 2010. »Die Globalisierung selbst hat eine große Blase erzeugt, die über kurz oder lang entweder schnell platzen oder langsam in sich zusammensinken muss.« Ich wagte mich weit heraus: »Nach allem, was mir meine Daten sagen, ist eine Weltwirtschaftskrise in den nächsten fünf Jahren sehr wahrscheinlich.« Als wahrscheinliche Ursache identifizierte ich das Platzen der Immobilien- und Subprime-Hypothekenblase in den USA. Außerdem sagte ich in dem Buch voraus: die Insolvenz von General Motors innerhalb von zwei Jahren und den Aufstieg Chinas zur größten Volkswirtschaft der Welt bis zum Jahr 2016.

Und tatsächlich: Die Finanzkrise brach im Herbst 2008 mit voller Wucht über uns herein. Am 15. September 2008 musste die US-Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz anmelden. Etwa 25.000 Menschen verloren in kurzer Zeit ihre Arbeit, 400 Milliarden Dollar an Außenständen standen auf dem Spiel, ein bedeutendes Handelszentrum fiel aus. Panik machte sich breit. Die Märkte stürzten ab. Banken mussten gerettet werden. Konjunkturprogramme wurden aufgelegt. Kurze Zeit sah es tatsächlich so aus, als ob die Welt in eine ähnlich tiefe Depression stürzen würde wie zuletzt nach 1929. Es folgte ein kurzer, drastischer Rückgang des Welthandels und eine scharfe Rezession. General Motors meldete innerhalb von zwei Jahren tatsächlich Insolvenz an. China stieg bereits 2014 zur nach Kaufkraft größten Wirtschaftsnation der Welt auf und hatte 2018 bereits ein um 20 Prozent größeres Potenzial als die US-Wirtschaft.[13]

Aber die Globalisierungsblase ist (noch) nicht geplatzt. Eine *Weltwirtschaftskrise* wie die Große Depression nach 1929 ist nicht ausgebrochen. Stattdessen haben wir

die Krise verschleppt, in der Hoffnung, sie damit zu besiegen. Dazu fanden beispiellose Eingriffe und Manipulationen der Notenbanken in Form von Gelddruckorgien, noch höherer Staatsverschuldung und Konjunkturprogrammen statt. Die Notenbanken kauften sogar Staats- und Unternehmensanleihen in großem Umfang auf. Solche Maßnahmen waren früher zu Recht verpönt, weil der Staat so direkt in das Wirtschaftsgeschehen eingreift, wie es bestenfalls in Kriegszeiten gerechtfertigt ist.

Als selbst der Aufkauf von Anleihen nicht mehr fruchtete, begann man vor einigen Jahren mit der Einführung von Negativ- und Strafzinsen. Mittlerweile trifft das auch Privatpersonen mit größeren Sparguthaben. Auch das reicht anscheinend nicht. Weiter dreht sich die Kontroll- und Manipulationsspirale. Nun soll uns unter Einsatz einer beispiellosen Propagandaschlacht das Bargeld, eine der letzten Bastionen gegen die schleichende Enteignung, verleidet und, wenn nötig, auch durch Zwangsmaßnahmen weitgehend verdrängt werden.[14] In Schweden könnte schon 2023 das Bargeld komplett abgeschafft sein.[15] Man fühlt sich unangenehm an Friedrich August Hayeks Warnung in *Der Weg zur Knechtschaft* erinnert.[16] Am Ende der von Hayek beschriebenen Spirale stehen totalitäre Systeme, ein Kontrollstaat und, im schlimmsten Fall, Krieg.

Einerseits scheint die Weltwirtschaft – irgendwie – noch zu wachsen, wenn auch langsam. Die Aktienmärkte notieren auf Höchstständen; auch viele Immobilienmärkte haben sich seit der Finanzkrise stark erholt. Andererseits haben wir uns dieses Wachstum durch eine Politik des ultrabilligen Geldes und der direkten Staatsinterventionen erkauft, die auch ich mir in diesem Umfang 2006 schlichtweg nicht vorstellen konnte. Nullzinsen, sogar Negativzinsen, dazu der Versuch, das Bargeld abzuschaffen, tiefgreifende Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürger – das alles wäre mir zu meinen Studienzeiten in den 1980er-Jahren als ökonomischer Wahnsinn erschienen. Und meinen Professoren und Kommilitonen ebenso. Heute ist es Realität. Es führte unter anderem dazu, dass ich am 14. Mai 2016 zusammen mit Joachim Starbatty an der ersten Demonstration meines Lebens teilnahm und in Frankfurt vor der Hauptwache vor der schleichenden Bargeldabschaffung warnte.[17]

Stellen wir uns einen Heißluftballon vor, der zunehmend Löcher und Risse bekommt, weil das Material brüchig geworden ist. Hastig versuchen wir, die Löcher mit Klebestreifen abzudichten, während wir von unten immer schneller heiße Luft in den Ballon hineinströmen lassen. Noch halten wir uns durch diese Behelfslö-

sungen in der Luft. Aber lange geht das nicht mehr gut. In nicht allzu ferner Zukunft sinkt der Ballon oder stürzt rapide ab oder geht in Flammen auf. So ähnlich ist das mit der Weltwirtschaft. Die heiße Luft ist in diesem Fall die Liquidität, die wir in immer größerer Menge in das Wirtschaftssystem strömen lassen.

So treffen eine Weltordnung, die langsam zerfällt, sowie polarisierte und zerrissene Gesellschaften im Westen auf ein labiles ökonomisches System, das sich seit der Finanzkrise kaum erholt hat. Keine guten Aussichten.

Von der »Neuen Weltordnung« zum Chaos

Im Ersten Irakkrieg (August 1990 bis Februar 1991) sah es noch so aus, als ob Fukuyamas Vision vom »Ende der Geschichte« sich bewahrheiten könnte. Eine breite, auch von Russland unterstützte Koalition stellte sich dem Irak entgegen, der den kleinen Nachbarstaat Kuwait überfallen und besetzt hatte. Nach schnellen, entscheidenden Siegen wurde Kuwait befreit; der Krieg war mit Erreichen dieses Ziels beendet. US-Präsident war George H. W. Bush, der im Zweiten Weltkrieg gedient hatte und für ein diplomatisches Umfeld ausgebildet worden war, in dem Staaten begrenzte Ziele verfolgten und den gegenseitigen Interessenausgleich suchten.

Allerdings begann selbst dieser Krieg, für den es durchaus legitime Gründe gab, mit einer Lüge. Die Öffentlichkeit wurde durch die sogenannte Brutkastenlüge mobilisiert. Eine angebliche Krankenschwester namens »Nayirah« berichtete am 10. Oktober 1990 vor dem Menschenrechtskomitee des amerikanischen Kongresses unter Tränen, dass irakische Soldaten Babys aus den Brutkästen ihres Krankenhauses gerissen hätten, um sie sterben zu lassen. Später stellte sich heraus, dass Nayirah die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA war und die ganze Geschichte von der Werbeagentur Hill & Knowlton erfunden worden war, um die Öffentlichkeit für den Krieg zu mobilisieren.[18]

In seiner Rede vor dem Kongress zum Irakkrieg, ausgerechnet am 11. September (!) 1990, sprach Bush davon, eine »neue Weltordnung« schaffen zu wollen; so ist die Rede überschrieben: »Toward a New World Order«.[19] Bush meinte damit eine »liberale Weltordnung«, in der die Vereinigten Staaten die Rolle des unbestrittenen Führers wie des ultimativen Schiedsrichters einnehmen sollten.

Aber schon kurz danach begann die Erosion der internationalen Ordnung. Bei dem langsamen und unter großen Opfern und Leiden der Zivilbevölkerung erfolgten Untergang des Vielvölkerstaats Jugoslawien, der 1991 einsetzte, war die Situation deutlich unübersichtlicher. Der Zerfall war mit einer ganzen Reihe von Kriegen verknüpft.

Der 10-Tage-Krieg in Slowenien war 1991 schnell beendet, denn in der Teilrepublik lebten kaum Vertreter der serbischen Volksgruppe, welche die jugoslawische Staats- und Parteiführung dominierten. Der Kroatienkrieg (1991–1995) und der Bosnienkrieg (1992–1995) waren hingegen lang und hässlich. Im späteren Kosovokrieg bombardierte die NATO vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 die Bundesrepublik Jugoslawien. Ziel war es, eine angeblich humanitäre Katastrophe im Kosovo zu verhindern. Da es keine UN-Resolution dazu gab, war dieser Krieg völkerrechtswidrig, was Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder später auf einem Forum der Wochenzeitung *Die ZEIT* offen aussprach.[20] Es war also der Westen, der – aus welchen Gründen auch immer – als Erster das Völkerrecht brach, um einen Krieg zu beginnen.[21] Im Jahr 2001 fand in der Republik Mazedonien ein albanischer Aufstand statt. Seitdem herrscht relative Ruhe auf dem Balkan. Aber Kriege mit insgesamt 200.000 bis 240.000 Toten mitten in Europa – das hätte sich 1989 niemand vorstellen können.

Eine neue Qualität erreichte die Weltunordnung mit den Anschlägen auf das World Trade Center vom 11. September 2001. In den USA wurde der Angriff zum Anlass genommen, die Bürgerrechte einzuschränken, die Spionagebefugnisse des Staates auszudehnen und die Geheimdienste massiv aufzustocken. Zudem wurde umgehend beschlossen, die Taliban in Afghanistan zu bombardieren, mit der Begründung, den Terrorismus zu bekämpfen und in Afghanistan einen funktionierenden Staat nach westlichem Muster aufzubauen. Allerdings ging es dabei tatsächlich wohl vor allem um geostrategische Ziele. Spätestens seit diesem Zeitpunkt befindet sich die Welt in einem kriegsähnlichen Zustand, wie der mit dem Roman-Herzog-Medienpreis ausgezeichnete Hörfunkautor Ulrich Teusch feststellt: jedoch war »der 11. September 2001 kein epochaler Einschnitt, keine Zeitenwende. Er hat die ohnehin schon dominanten Tendenzen im internationalen Verhalten der USA lediglich verschärft.«[22]

Ein Interview mit Wesley Clark, von 1997 bis 2000 Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa und 2004 ein Präsidentschaftskandidat der Demo-

kraten, offenbart, dass es schon sehr früh Kriegspläne für den Nahen Osten gab. Clark sprach 2007 mit der Organisation Democracy Now darüber, wie die USA schon kurz nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 planten, im Nahen Osten sieben Länder, darunter Libyen, zu bekriegen. »Wir wissen nicht, wie wir den Terrorismus bekämpfen, aber wir haben starke Streitkräfte, die Regierungen ausschalten können. Und wenn Sie nur einen Hammer haben, sieht jedes Problem wie ein Nagel aus.«[23]

Im folgenden Afghanistan-Krieg wurden die Taliban zurückgedrängt. An ihm nahmen auch deutsche Truppen teil, denn, so der damalige Verteidigungsminister Peter Struck, Deutschlands Sicherheit werde »auch am Hindukusch verteidigt«. Nach Angaben der Bundeswehr sind in Afghanistan insgesamt 52 Soldaten ums Leben gekommen, davon 34 durch Fremdeinwirkung und 18 durch sonstige Umstände wie beispielsweise Unfälle.[24]

Am 2. Mai 2011 wurde Osama bin Laden, den man als Hauptschuldigen der Anschläge vom 11. September 2001 ausgemacht hatte, dem man aber seine Rolle nicht wirklich nachweisen konnte, von einem US-Spezialkommando in seinem Versteck in Pakistan exekutiert und seine Leiche umgehend im Meer versenkt. Die Regierung Obama inszenierte diese Exekution medial. Zwar gibt es von der eigentlichen Operation keine öffentlichen Videos, wohl aber von Regierungsmitgliedern, wie sie im Lageraum des Weißen Hauses die Operation verfolgen.

All dies scheint nur einen begrenzten Effekt zu haben. In Afghanistan dominieren Stammesstrukturen; die Taliban sind weiter stark. Im Mai 2019 forderte die große Ratsversammlung Afghanistans mit 3200 Delegierten einen Dialog und dauerhaften Frieden mit den Taliban. Im Sommer 2019 war ausgerechnet Kunduz, der größte Stützpunkt der Bundeswehr in Afghanistan, wieder umkämpft.[25] Bilanz: Die westlichen Einsätze in Afghanistan haben nach fast zwei Jahrzehnten und über 3500 Kriegstoten auf Seiten der Koalitionskräfte ihr Ziel nicht erreicht.[26] Bereits bis 2014 beliefen sich die Kosten dieser fehlgeschlagenen Intervention auf mehr als 360.000 Tote und 3,2 bis 4 Billionen Dollar.[27]

Auch der Zweite Irakkrieg 2003 begann mit einer Lüge. Der damalige Außenminister Colin Powell behauptete vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfüge.[28] Nach dem Sieg der Koalitionstruppen wurden keine derartigen Waffen gefunden. Man muss der deutschen Bundesregierung um Gerhard Schröder zugutehalten, dass sie sich damals

weitgehend aus dem Krieg heraushielt. Allerdings ließ sie stillschweigend eine umfassende Zusammenarbeit der westlichen Geheimdienste zu.

Anders als 1990 war es diesmal erklärtes Ziel, Saddam Hussein zu stürzen und den Irak zu »befreien«. Die überlegenen Koalitionsstreitkräfte hatten leichtes Spiel mit dem irakischen Militär; der Krieg war schnell beendet. Seinem autoritären säkularen Herrscher Saddam Hussein wurde ein zweifelhafter Prozess vor einem irakischen Gericht gemacht, dann wurde er gehängt.[29] In den Folgejahren zerfiel der Irak, und das Land wurde zu einer Brutstätte des Terrorismus. Von 2003 bis 2011 waren zwischen 390.000 und 940.000 Todesopfer zu beklagen.[30] Die enorme Bandbreite der Schätzungen zeigt, wie schlecht es um das Land stand. Weite Teile des Irak dienten später dem Islamischen Staat als Basis.

Seit Ende 2010 stürzte der »Arabische Frühling« große Teile des Nahen Ostens endgültig ins Chaos.[31] Die USA, Großbritannien und Frankreich begannen im März 2011 einen Luftkrieg gegen Libyen und seinen bizarren Diktator Muammar al-Gaddafi, nachdem sie in den Vereinten Nationen die Resolution 1973 durchgesetzt hatten, die die internationale Gemeinschaft zu militärischen Maßnahmen zum Schutz von Zivilisten in Libyen ermächtigte. Russland und China machten durch ihre Enthaltungen den Beschluss möglich, sodass diese Angriffe nicht völkerrechtswidrig waren. Auch Brasilien, Deutschland und Indien als nicht-ständige Mitglieder des Rats enthielten sich; der damalige deutsche Außenminister Guido Westerwelle äußerte sich gegenüber der Intervention zurückhaltend und skeptisch.

Der Libyenkrieg endete nach einem halben Jahr mit der Ermordung des Machthabers; Videos von einem misshandelten Gaddafi kursierten im Netz.[32] Damit wendete sich die Lage in Libyen aber keinesfalls zum Besseren. Nach dem Sieg über Gaddafi begann im Jahr 2014 ein zweiter Bürgerkrieg. Im Mai 2019 scheint sich der mächtige Warlord Khalifa Haftar durchzusetzen, der fast 20 Jahre in den USA in großer Nähe zum CIA-Hauptquartier lebte. Eigentlich heißt er Khalifa Hifter, aber der Name war für die westlichen Medien nicht wirklich präsentabel; also wurde er kurzerhand in Haftar umbenannt.[33] Am Ende könnte in Libyen also wieder ein autoritäres Regime stehen, nur mit einem anderen Herrscher an der Spitze. Wie im Irak und in Afghanistan führte die Intervention des Westens nicht zu einem Nation Building, sondern zu zerstörten Staatsgebilden, der Herrschaft von Warlords, einem Wiedererstarken feudaler Strukturen, Bürgerkriegen und menschlichem Elend.

Nicht nach Drehbuch verlief die Intervention des Westens in Syrien, wo seit 2011 – mittlerweile länger als der Zweite Weltkrieg – ein blutiger Stellvertreterkrieg tobt. Vor dem Bürgerkrieg war Syrien als zumindest wirtschaftlich und religiös relativ tolerantes Land angesehen, wenngleich ebenfalls von einem autoritären Staatschef beherrscht.

Auf der einen Seite stehen die Truppen der Regierung Assad und ihre russischen Verbündeten sowie Hisbollah-Milizen, auf der anderen von ausländischen Geheimdiensten unterstützte Islamisten, Söldner, amerikanische, französische und türkische Truppen. Im Jahr 2019 sieht es so aus, als ob die Regierung Assad den Bürgerkrieg mit Hilfe Russlands für sich entscheiden konnte. Nur in der Enklave Idlib hielten sich noch Islamisten. Syrien konnte seine staatlichen Strukturen weitgehend aufrechterhalten. Zurück bleibt ein schwer beschädigtes Land und im Norden eine teilweise von der Türkei besetzte, teilweise autonome und teilweise von den USA unterstützte Kurdenregion.

Die Auswirkungen des Stellvertreterkriegs in Syrien bekamen wir nach der Grenzöffnung durch Angela Merkel in Deutschland sehr direkt zu spüren. Seit 2015 hält uns die sogenannte Flüchtlingskrise in Atem, polarisiert die Deutschen und belastet den gesellschaftlichen Diskurs. Millionen syrische Flüchtlinge in der Türkei und Europa sind eine Bürde für die jeweiligen Gesellschaften. Hinzu kommt durch die Zerstörung der staatlichen Strukturen in Libyen zunehmend Migration aus Schwarzafrika über das Mittelmeer.

Und es ist kein Ende der Kriege und Unruhen in Sicht: Im Jemen führen Saudi-Arabien und der Iran einen blutigen Stellvertreterkrieg, der zu einer humanitären Katastrophe geführt hat, über die in Europa und den USA nur sehr spärlich berichtet wird.[34] In Venezuela begann im Januar 2019 ein Staatsstreich mit ungewissem Ausgang. Amerika und viele europäische Länder stellten sich schnell auf die Seite der vom selbst ernannten Übergangspräsidenten Juan Gaidó angeführten Putschisten, China und Russland unterstützen den gewählten Präsidenten Nicolás Maduro, auf den bereits mehrere Mordanschläge verübt worden waren. Der Bevölkerung in Venezuela geht es aufgrund der westlichen Sanktionen schlecht. In der Folge haben mehrere Millionen Menschen als Flüchtlinge das Land verlassen, was umliegende Länder wie zum Beispiel Peru belastet.[35] Hier geht es auch um viel Öl und um die Frage, in wessen Hand die Kontrolle über dieses Öl in Zukunft sein wird.

Ein neuer Kalter Krieg in Europa und wachsende Spannungen in Asien

30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer befindet sich Europa wieder in einem Kalten Krieg. Das Verhältnis zu Russland ist angespannt. In der Ukraine fand 2013 ein von außen unterstützter und beförderter Regimewechsel statt, in dessen Folge Russland die Halbinsel Krim, die Nikita Chruschtschow 1954 an die Ukraine übergeben hatte, besetzte. Die Annexion wurde kurze Zeit später durch eine Volksabstimmung legitimiert. Dieser Vorgang führte zu einem sofortigen Ausschluss Russlands aus den G8, zu Wirtschaftssanktionen gegen das Land, deren Lasten vor allem die Europäische Union und hier besonders Deutschland und Österreich tragen. Dem damaligen Vizepräsidenten Joe Biden zufolge mussten die Vereinigten Staaten massiven Druck ausüben, um diese Sanktionen zu erzwingen.[36] Bis heute haben sie Europa 400.000 Arbeitsplätze und 30 Milliarden Dollar gekostet.[37] Die USA machen unterdessen weiter Geschäfte mit Russland, da sich die amerikanischen Sanktionen, anders als die der EU, vor allem gegen Einzelpersonen und nicht gegen Unternehmen richten.

Immer wieder flammt in der Ostukraine der Konflikt zwischen den überwiegend von Russen bewohnten Gebieten im Donbass, die sich zu einer unabhängigen Republik erklärt haben, und dem ukrainischen Staat auf. Die Auswirkungen der militärisch ausgetragenen Auseinandersetzungen können zu brandgefährlichen Situationen führen. Denken wir an den bis heute nicht abschließend geklärten Abschuss des malaysischen Passagierflugzeugs MH-17 im Juli 2014 über dem Rebellengebiet, bei dem 298 Menschen starben.[38] Für eine kurze Zeit sah es so aus, als ob dieser Vorfall der Auslöser für einen größeren Krieg sein könnte. Gott sei Dank überwogen Vernunft und Mäßigung.

Seit der Annexion der Krim und den Vorfällen auf dem Maidan (siehe Kapitel 2) rüstet die NATO im Osten auf. Bereits auf dem Gipfel in Wales hatten sich die europäischen NATO-Länder 2014 verpflichtet, ihre Verteidigungshaushalte innerhalb von zehn Jahren auf 2 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Damit beginnt sich eine neue Rüstungsspirale in Europa zu drehen.[39] Seit Jahren finden Truppenverschiebungen in den Osten Europas statt. All das folgt einer von langer Hand vorbereiteten Strategie. Schon auf dem NATO-Gipfel in Madrid am

8. und 9. Juli 1997 war Polen, Ungarn und Tschechien der Beitritt zum Bündnis angeboten und mit der Ukraine eine »besondere Partnerschaft« vereinbart worden. Zwei Jahre später traten Polen, Ungarn und Tschechien tatsächlich der NATO bei. Im Jahr 2004 wurden mit Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, Slowenien und den drei baltischen Ländern Estland, Lettland und Litauen weitere sieben Staaten NATO-Mitglieder. All dies geschah lange *vor* den Ereignissen in der Ukraine. Im Februar 2019 stimmte das ukrainische Parlament dafür, den NATO- und EU-Beitritt des Landes als Ziele in die Verfassung aufzunehmen.[40]

Dass die Krim- und Ukraine-Krisen nur besonders sichtbare Höhepunkte eines neuen geopolitischen Konflikts sind, wurde mir vielleicht schon 1999, spätestens aber 2008 sehr deutlich vor Augen geführt. 1999 war ich Professor an der Boston University. Im Masterprogramm für internationale Beziehungen wurden auch einige junge Offiziere auf Kosten des Verteidigungsministeriums ausgebildet. Einer von ihnen hielt in meinem Seminar ein Referat, in dem es darum ging, wie »wir« »unser Öl« in den zentralasiatischen Republiken südlich von Russland, also in Georgien, Aserbaidschan, Usbekistan und Turkmenistan sichern könnten. Der junge Offizier nahm wie selbstverständlich an, dass dieses Öl den USA zustünde.

Im Jahr 2008 brach der Konflikt zwischen zwei abtrünnigen georgischen Republiken, Abchasien und Südossetien, und dem Staat Georgien wieder aus, nachdem der von Russland vermittelte Waffenstillstand seit 1992 gehalten hatte. Eine treibende Rolle dabei spielte der neue georgische Präsident Micheil Saakaschwili, der 2004 einen Plan zur Wiedereingliederung der Provinzen vorgelegt hatte und dann wegen verschiedener innenpolitischer Skandale in Bedrängnis gekommen war. Mit russischer Hilfe verteidigten die beiden Provinzen ihre Unabhängigkeit. Für mich bezeichnend und auch erschreckend war die Tatsache, dass man in den deutschen Nachrichtensendern in Endlosschleife russische Panzerkolonnen sah, wie sie in die Provinzen fuhren. Offensichtlich sollte schon damals jenseits jeglicher differenzierter Berichterstattung Stimmung gemacht werden.

Das Kriegsabenteuer setzte Saakaschwili unter starken innenpolitischen Druck. Nach Ende seiner Amtszeit ermittelte die georgische Justiz gegen ihn, woraufhin er sich in die USA absetzte. Hier wurde er von diversen Think Tanks finanziert, bevor er 2015 als Berater von Präsident Petro Poroschenko in die Ukraine ging und später Gouverneur von Odessa wurde. In dieser Position erhielt er vom New International Leadership Institute in Washington ein Jahresgehalt von 200.000 Dollar.[41]

Wenn es Sie interessiert, wie sich eine Marionette der amerikanischen Geheimdienste benimmt, befassen Sie sich mit Saakaschwili. Sein Leben ist eine Serie von Ungereimtheiten und Korruption. Im Jahr 2017 wurde ihm aufgrund von unrichtigen Angaben die ukrainische Staatsbürgerschaft wieder entzogen. Er wurde mehrfach von den Behörden festgenommen und im Februar 2018 nach Polen abgeschoben. Nun lebt er in den Niederlanden.

Unter US-Präsident Donald Trump hat sich die Eskalation konventioneller Konflikte auf der Welt – vielleicht mit Ausnahme des Iran und Jemen – nicht fortgesetzt. Gegen den Willen des Establishments zog er sogar große Truppenkontingente aus Syrien und Afghanistan ab. Dafür beschleunigt sich die nukleare Eskalation. Nach der Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran kündigte Trump am 1. Februar 2019 auch den Vertrag mit Russland über die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa. Gut einen Monat später zog der russische Präsident Putin nach und verkündete per Dekret ebenfalls die Aussetzung des Vertrages.[42]

Gleichzeitig macht sich in Asien, Afrika und Europa der wachsende Einfluss Chinas bemerkbar, das mittlerweile zur Weltraumnation aufgestiegen ist und mit dem Projekt der »Neuen Seidenstraße« (»One Belt One Road«) Eurasien und Afrika auf dem Land- und Seeweg enger verbinden will. Fast fühlt man sich an die Bagdad-Bahn erinnert, mit der das Deutsche Reich und seine Verbündeten vor dem Ersten Weltkrieg eine Landverbindung von Mitteleuropa in den Nahen Osten schaffen wollten. Staatspräsident Xi Jinping rief das ehrgeizige Unternehmen 2013 aus. Es umfasst geplante Infrastrukturinvestitionen im Umfang von 1,1 Billionen Dollar, an denen 60 Länder beteiligt sind, die zusammen 35 Prozent der Weltwirtschaft und 60 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen.

Von den etablierten Industrienationen wird das Projekt argwöhnisch beäugt, doch hat der Westen dem Projekt nichts Konstruktives und Ebenbürtiges entgegenzusetzen. Wir können China nicht vorwerfen, eine langfristige geopolitische Konzeption zu verfolgen, nur weil wir selber keine haben, schrieb der ehemalige Außenminister und SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel im September 2018 in einem bemerkenswerten Gastbeitrag im *Handelsblatt*.[43]

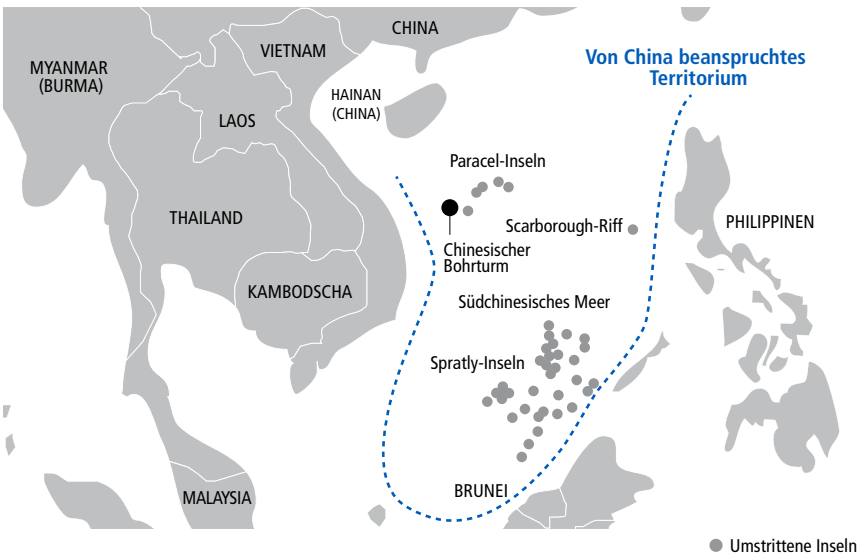
Die wachsende Macht und das wachsende Selbstbewusstsein Chinas haben zu zunehmenden Spannungen im Südchinesischen Meer und anderswo geführt. Noch mehr als Großbritannien, das im 19. Jahrhundert mit seiner Flotte die Weltmeere beherrschte, erheben die USA im 21. Jahrhundert eben diesen Anspruch.

Während aber Großbritannien seinerzeit die westliche Hemisphäre bereits weitgehend den USA überlassen hatte, ist der amerikanische Anspruch wirklich global.

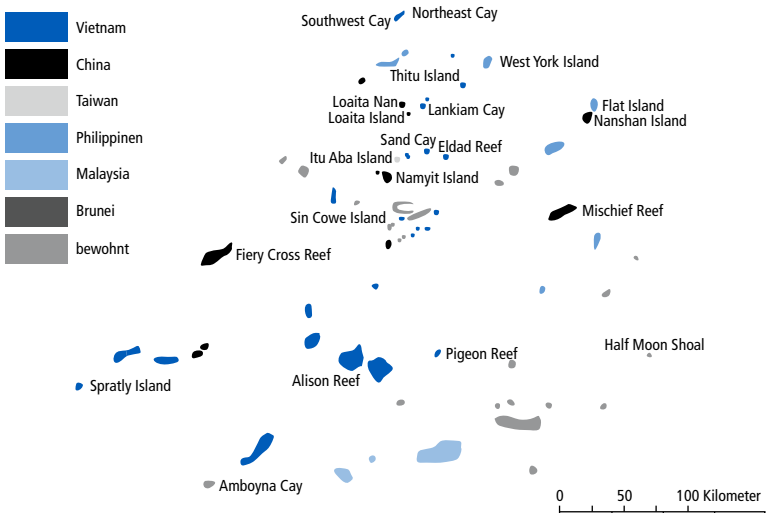
Im Jahr 2009 meldete die Volksrepublik China historische Ansprüche auf große Teile des Südchinesischen Meeres bei den Vereinten Nationen an und legte eine Landkarte mit der »Neun-Striche-Linie« vor. Bereits 1999 hatte die Republik China (Taiwan) Ansprüche auf das gesamte Südchinesische Meer angemeldet.[44] Im Jahr 2013 begann die Volksrepublik damit, kleinere unbewohnte Inseln und Riffe im Südchinesischen Meer, vor allem die Spratly-Inseln, auszubauen und weiteres Land dem Meer abzutrotzen.[45] Mindestens seit 2018 werden auch Truppen und Raketen auf den Inseln stationiert. Diese Aktion ist völkerrechtlich umstritten und stößt bei den USA und etlichen Nachbarn auf entschiedenen Widerspruch.

Die subjektiv empfundene zunehmende Enge und das Konkurrenzdenken im Südchinesischen Meer haben bereits zu etlichen Zwischenfällen geführt. Ende 2016 fing China eine amerikanische Unterwasserdrohne ein, gab sie aber kurze Zeit später zurück.[46] Im Oktober 2018 kamen sich amerikanische und chinesische Kriegsschiffe bedenklich nahe.[47] 2019 teilte das Pentagon mit, dass Schiffe der US Navy häufiger in der Straße von Taiwan patrouillieren werden.

Der Inselstreit im Südchinesischen Meer könnte gefährlich eskalieren …



... denn viele Länder haben Inseln in dem Territorium, das von China beansprucht wird.



Zudem sind die Konfliktherde auf der koreanischen Halbinsel alles andere als gelöst. Japan hat in seiner Verteidigungsdoktrin den Fokus von Russland auf China umgestellt und kooperiert zunehmend mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Indien, Südkorea und Australien.[48] Auch hier sind Inseln, diesmal die Diaoyu-/Senkaku-Inseln, der Grund für diplomatische Auseinandersetzungen. Im Jahr 1971 gaben die USA die administrative Kontrolle über die Inseln in japanische Hände, aber sie werden sowohl von Taiwan als auch der Volksrepublik China beansprucht. All dies sind nicht gerade beruhigende Entwicklungen. Sowohl die Schritte Chinas als auch die der USA und ihrer Verbündeten lassen das Risiko ungewollter kriegerischer Auseinandersetzungen steigen.

Auch im Westen brodelt es

Nicht nur geopolitisch ist die Welt in Bewegung. Auch in den alten Industrienationen brodelt es. Von Amerika, in dem der populistische Geschäftsmann und Reality-TV-Star Donald Trump nach einem atemberaubenden Wahlkampf, in dem er

»America first« gefordert hatte, 2016 zum Präsidenten gewählt wurde, über Großbritannien, das im selben Jahr für den Brexit stimmte, bis Deutschland, wo sich die Partei Alternative für Deutschland spätestens seit 2017 fest im politischen System etablierte, und Frankreich, wo der quasi aus dem Nichts auf den Plan getretene Präsident und »Sonnenkönig« Emmanuel Macron innerhalb kürzester Zeit entzaubert wurde, zuletzt durch die lang anhaltenden Proteste der »Gelbwesten«, bis Italien, wo linke und rechte Populisten eine Zeit lang gemeinsam die Regierung stellen, ist nichts mehr, wie es war.

Weitgehend ungebremste Migrationsströme nach Europa sorgen in der Alten Welt für tiefe Risse und Spaltungen in den Gesellschaften. Seitdem im Juni 2016 die Mehrheit der Briten für den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union stimmte, wird ein Verhandlungsdrama um den Brexit inszeniert, von dem sich die europäischen Eliten erhoffen, dass am Ende der »Remain«, der Verbleib in der EU, steht, das aber auch eine Zerreißprobe für die älteste parlamentarische Demokratie der Welt darstellt und die Europäische Union selbst schwer belastet.

Im Herbst desselben Jahres gewann der Immobilientycoon Donald Trump nach einem polarisierenden und hässlichen Wahlkampf die Präsidentenwahl. Seitdem ist auch in den USA nichts mehr, wie es war. Medien, politisches Establishment und Trump befinden sich im Dauerkrieg. Alle Seiten lassen sich auf ein Niveau der Auseinandersetzung ein, das noch wenige Jahre zuvor nicht möglich gewesen wäre.

Im folgenden Jahr zog die Alternative für Deutschland in überraschender Stärke von über 90 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein und wird seitdem von den etablierten Parteien erbittert bekämpft. Der Populismus feiert ein lautes Comeback, und zwar von rechts wie von links. Debatten werden zunehmend emotionalisiert geführt. Zwischen medialen und politischen Eliten auf der einen und Populisten auf der anderen Seite ist in vielen Ländern ein unerbittlicher Krieg ausgebrochen. Während die eine Seite die ungebremste Migration, »Islamisierung«, »Gender-Wahnsinn« und »Klimareligion« beklagt, will die andere Seite Mietpreisbremsen, Enteignungen, Dieselfahrverbote und die Rettung des Weltklimas.

In den USA, der Führungsnation des Westens, wird der Medienkrieg mit besonderer Härte geführt und nimmt teilweise extreme Formen an. Selbst im Präsidentenamt bezeichnet Trump die Medien oft als Verbreiter von »Fake News«,

Lügenmedien. Diese wiederum inszenieren hartnäckig eine Hexenjagd, die sich auf eine angebliche russische Wahlbeeinflussung der Präsidentschaftswahlen stützt. Als nach zwei Jahren, fast 2800 Vorladungen und 600 Durchsuchungsbeschlüssen kein belastbares Material gefunden wird, ändern die Medien schlagartig ihr Narrativ und berichten nun über »Behinderung der Justiz«.[49]

Trump kontert, indem er seinen Generalstaatsanwalt bevollmächtigt, alle Dokumente zu sichten, die sich mit seiner Überwachung und Diskreditierung im Wahlkampf befassen und bei denen das Steele-Dossier, der Bericht eines ehemaligen britischen Geheimdienstmitarbeiters, eine Schlüsselrolle spielt. Zum Teil wird das Ganze auch zu einer Groteske. Zum Beispiel wollte das Weiße Haus während eines Japanbesuchs des Präsidenten nicht, dass der Zerstörer *USS John S. McCain* vor den Kameras erscheint. Denn der verstorbene Senator McCain, nach dem das Schiff benannt ist, hatte sich in seinen letzten Jahren als Kritiker von Trump und Befürworter der amerikanischen Interventions- und Kriegspolitik hervorgetan.[50]

Auch in Deutschland berichten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkmedien, so die Wahrnehmung vieler, nur noch lückenhaft oder sinnentstellt. Nach Ausbruch der Flüchtlingskrise waren in Deutschland zum Beispiel vor allem Familien mit kleinen Kindern in den Nachrichten zu sehen, wogegen tatsächlich über 80 Prozent der Migranten junge Männer sind. Neue Medien, die Inhalte ungefiltert verbreiten, werden eingebremst oder zensiert, etwa mittels des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes oder Upload-Filter. Durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz werden die Medienkonzerne und Technologiegiganten selbst in die Verpflichtung genommen und ermächtigt, »Fake News« und »hasserfüllte« und beleidigende Inhalte zu löschen. Sie übernehmen damit eine Funktion, die eigentlich nur Gerichten zukommen dürfte. Und sie urteilen meistens im Sinne des Mainstreams und der herrschenden Elite. Während bei YouTube und Twitter noch gewisse Spielräume der Meinungsäußerung bestehen, sind diese bei Facebook schon radikal eingeschränkt. Mir sind etliche Fälle bekannt, in denen die Accounts angesehener Persönlichkeiten aufgrund von Islam- oder sonstiger Kritik zeitweilig gesperrt wurden, so der meines Mitstreiters auf dem Hambacher Fest, des deutsch-libanesischen Dokumentarfilmers Imad Karim.

Auch die direkte Sprachlenkung und Propaganda seitens der bestehenden Machtstrukturen wird immer aggressiver. Oftmals geschieht dies in Form des Framing, einer bewussten Einordnung und Verkürzung von Fakten, um gewünschte

Wirkungen zu erzielen. Im Februar 2019 wurde bekannt, dass die Anstalten der ARD ein sogenanntes Framing-Manual in Auftrag gegeben hatten.[51] Es beginnt wie folgt:

> Beginnen wir direkt mit dem Wichtigsten: Wenn Sie Ihre Mitbürger dazu bringen wollen, den Mehrwert der ARD zu begreifen und sich hinter die Idee eines gemeinsamen, freien Rundfunks ARD zu stellen […], dann muss Ihre Kommunikation immer in Form von moralischen Argumenten stattfinden. […] Das bedeutet, dass die Worte, Slogans und Narrative, die Sie verwenden, ein primäres Ziel haben müssen: das Ziel, bei der Diskussion von Fakten rund um die ARD und Themen wie »Beitragszahlungen« oder »Strukturreform« immer zunächst ihre moralische Perspektive sprachlich offenzulegen. Denken und sprechen Sie nicht primär in Form von Faktenlisten und einzelnen Details.[52]

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der zu 86 Prozent von unseren Beitragszahlungen lebt – im Jahr 2017 in einer Höhe von 5,6 Milliarden –, gibt also Geld für ein Gutachten aus, mit dem er seine eigene Existenz rechtfertigt.[53] Menschen, die die DDR miterlebt haben, dürften sich stark an die Nachrichtensendung *Aktuelle Kamera* erinnert fühlen. Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Ich bin ein großer Befürworter der öffentlich-rechtlichen Medien. In Hunderten von Interviews, die ich den Anstalten der ARD und des ZDF nach der Finanzkrise gegeben habe, habe ich viele engagierte Journalisten kennengelernt. Dass unser jetziges öffentlich-rechtliches GEZ-System aber reformbedürftig ist, steht außer Frage.

Man muss der Verfasserin des »Framing-Manual«, der Kommunikationsforscherin Elisabeth Wehling, lassen, dass sie ihr Fachgebiet gründlich beherrscht. In einem 2008 zusammen mit George Lakoff veröffentlichten Buch mit dem Titel *Auf leisen Sohlen ins Gehirn* erläutert sie, dass 80 Prozent unseres Denkens unbewusst von Metaphern und Deutungsrahmen geprägt seien. Unser Glaube, dass wir frei entscheiden, ist somit ein Irrglaube. Indem Metaphern geprägt und über die Propaganda – zum Beispiel die Medien – permanent wiederholt werden, wird bei den Empfängern eine bestimmte Vorstellung von der Wirklichkeit hergestellt. Durch diese Manipulation des Denkens und Fühlens könne man nicht nur psychologische Veränderungen hervorrufen, sondern unter Umständen auch neurologische, also das Gehirn auf einer tiefen Ebene umprogrammieren.[54]

Häufiger werden Wörter im öffentlichen Dialog auch als unerwünscht gebrandmarkt oder einfach umdefiniert. Manchmal fühlt man sich dabei an George Orwells »Neusprech« aus seinem Roman *1984* erinnert. Eine besonders negative Rolle spielt die sprachkritische Aktion »Unwort des Jahres«. Die Jury ist nach eigenen Angaben »institutionell unabhängig, das heißt sie ist nicht an einzelne Universitäten, Sprachgesellschaften/-vereine oder Verlage gebunden. Die Jurymitglieder beteiligen sich ehrenamtlich und aus Interesse und verstehen sich als Vermittler öffentlichen Unbehagens an bestimmten Sprachgebrauchsweisen, nicht aber – ein häufiges Missverstehen – als ›Sprachschützer‹.«[55]

Jedes Jahr benennt die Jury aus den Vorschlägen, die sie bekommt, ein »Unwort des Jahres«, das dann meistens breit medial aufgegriffen wird. In der Vergangenheit war die sprachkritische Aktion »Unwort des Jahres« eine mehr oder weniger klassisch kapitalismuskritische, man könnte auch sagen »sozialdemokratische« Veranstaltung – es wurden Wörter wie »Entlassungsproduktivität«, »Herdprämie«, »Humankapital« und »Ich-AG« zu Unwörtern des Jahres erklärt. Doch mittlerweile hat sich die Aktion zu einem zuverlässigen Kontroll- und Sprachlenkungsorgan der öffentlichen Meinung gewandelt. In den letzten Jahren wurden Wörter wie »Gutmensch«, »Lügenpresse«, »Anti-Abschiebe-Industrie« und »alternative Fakten« zu Unwörtern abgestempelt.[56] Dabei ist beispielsweise Gutmensch ein gebräuchlicher Ausdruck für jemanden, der eine Gesinnungsethik im Gegensatz zu einer Verantwortungsethik pflegt. Wahrscheinlich traf der Ausdruck so gut auf die Willkommenskultur 2015 zu, dass er uns verleidet werden musste.

Selbst Andreas Voßkuhle, der Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichts, griff in die Diskussion ein, was für die traditionell zurückhaltenden Richter aus Karlsruhe höchst ungewöhnlich ist. Voßkuhle bezeichnete Verbalauswüchse wie »Asyltourismus«, »Herrschaft des Unrechts« und »Anti-Abschiebe-Industrie« als »inakzeptabel« und »kontraproduktiv«. Eine solche Rhetorik, erklärte er in einem Interview zu Populismus, politischer Korrektheit und Flüchtlingspolitik in der *Süddeutschen Zeitung*, »möchte Assoziationen zum NS-Unrechtsstaat wecken, die völlig abwegig sind«. Von Horst Seehofer kam Widerspruch: Der Chef des Bundesverfassungsgerichts solle nicht »Sprachpolizei« spielen.[57] Dieser Widerspruch ging allerdings schnell unter. Die von der Aktion »Unwort des Jahres« und den Mainstream-Medien gebrandmarkten Wörter sind für denjenigen, der sie verwendet, gefährlich. Schnell werden Menschen dann stigmatisiert.

Der Krieg zwischen Eliten und Mainstream auf der einen und Populisten auf der anderen Seite wird nicht nur medial, sondern auch auf der Straße ausgetragen. Seit dem Herbst 2018 demonstrieren in Paris die sogenannten Gelbwesten gegen Lebensumstände, die ein bürgerliches Leben zunehmend unmöglich machen. Der französische Staatspräsident Macron lässt mit ungewöhnlicher Härte gegen diese Proteste vorgehen. Bis Februar 2019 wurden mehr als 3000 Demonstranten und Sicherheitskräfte verletzt, davon 80 schwer, auch elf Tote soll es gegeben haben.[58] Gleichzeitig nutzt Macron seine Medienmacht, um sich als verständnisvoller Politiker zu inszenieren, der in Bürgergesprächen den Dialog sucht.[59] Die Doppelstrategie scheint jedoch nicht aufzugehen.

Eine labile Weltwirtschaft

Unter all dem schwelt weiter die ungelöste Finanzkrise, die uns, so Bundeskanzlerin Angela Merkel, »immer noch in den Knochen steckt«.[60] Die globale Verschuldung ist höher als je zuvor. Am 15. Januar 2019 meldete die Finanzagentur Bloomberg, dass die globalen Schulden mit 244 Billionen Dollar ein neues Rekordhoch erreicht hätten.[61] Auch relativ bewegten sich die globalen Schulden mit 318 Prozent des Welt-Sozialprodukts nahe am Allzeithoch von 320 Prozent. Und das am Ende eines langen, wenn auch sehr verhaltenen Aufschwungs.

Der Euro steht, mehr als ein halbes Jahrzehnt, nachdem die Eurokrise als gelöst galt, so wacklig da wie nie zuvor.[62] Die berüchtigten Target-II-Salden – zinslose Überziehungskredite für Staaten im Eurosystem bei der Europäischen Zentralbank – befanden sich Ende März 2019 auf einem neuen Höchststand. Allein bei der Bundesbank waren Forderungen von 940 Milliarden gegenüber den Ländern des europäischen Südens aufgelaufen.[63] Während die Medien steigende Aktienkurse in Griechenland bejubeln, verharrt Südeuropa in einer tiefen Rezession.[64] Die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland verharrt nahe 40 Prozent, in Italien und Spanien liegt sie über 30 Prozent. Eurorettung und Niedrigzinsen führten dazu, dass die Länder im Süden seit mehr als zehn Jahren nichts für ihre Wettbewerbsfähigkeit tun.[65] Die Bankensysteme in Italien und Frankreich sind marode. In Italien zum Beispiel übersteigt das Volumen der Problemkredite das Eigenkapital des Bankensystems bei Weitem. Statt allerdings die Probleme anzugehen, for-

dert der französische Staatspräsident mehr Vergemeinschaftung und mehr Schuldenunion. Und die amtierende Große Koalition in Deutschland trägt diese Politik mit.

Zur gleichen Zeit explodieren die amerikanischen Staatsschulden. Das Haushaltsdefizit der nach Kaufkraftparität zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt wird 2019 voraussichtlich mehr als 7 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes betragen. Höher war es in den letzten Jahrzehnten nur während der Finanzkrise. Die USA zahlen 900 Millionen Dollar Zinsen am Tag. Unter Trump steigen die Defizite weiter. Deshalb macht er sich auch für niedrige Zinsen stark. Damit befindet er sich in der Gesellschaft der Apologeten des exzessiven Gelddruckens, die gern auf die MMT (*Modern Monetary Theory*) verweisen: Nach der »modernen Geldtheorie« sei es für ein Land, das seine Währung selbst druckt, kein Problem, hohe Schulden zu machen und den Staat aus der Notenpresse mitzufinanzieren.[66]

Erfahrungsgemäß werden die Schulden in der nächsten Rezession explodieren. Und dann droht endgültig die Katastrophe in Form einer Weltwirtschaftskrise, die 2008 und 2009 nur aufgeschoben, nicht aber aufgehoben wurde. Und dann wird es richtig hässlich. Nein, es sind keine normalen Zeiten.

KAPITEL 2

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND DAS LANGSAME ENDE DER NACHKRIEGSORDNUNG

Macht ist ein notwendiger Bestandteil jeder politischen Ordnung. In der Vergangenheit ging noch jeder Versuch zu einer Weltgesellschaft auf den Aufstieg einer einzigen Macht zurück. Im 19. Jahrhundert garantierte die englische Flotte nicht nur die Immunität vor größeren Kriegen, sondern übte auch eine Polizeifunktion auf den Weltmeeren aus und bot allen gleiche Sicherheit; der Londoner Geldmarkt etablierte einen einheitlichen Währungsstandard für die ganze Welt; der britische Außenhandel sicherte – wenn auch in einer nicht perfekten Form – die Akzeptanz des Freihandels, und Englisch wurde Welthandelssprache.

Edward Hallett Carr, englischer Diplomat und Publizist[1]

Die großen Ereignisse der Weltgeschichte werden oft durch säkulare Veränderungen im Bevölkerungswachstum oder andere fundamentale ökonomische Ursachen hervorgerufen und werden, weil sie durch ihren graduellen Charakter der Aufmerksamkeit der zeitgenössischen Beobachter entgehen, der Dummheit von Staatsmännern oder dem Fanatismus von Atheisten zugeschrieben.

John Maynard Keynes, Ökonom

Die Starken tun, was sie wollen, und die Schwachen (er)leiden, was sie müssen.

Thukydides, Der Peloponnesische Krieg

Die alte Weltordnung, die die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten, bröckelt. Eine neue Ordnung, die wir nur in Umrissen erahnen können, entsteht. Als ich dies so offen am 5. Februar 2017 in einer bekannten Talkshow der ARD aussprach, erntete ich hochgezogene Augenbrauen seitens der Moderatorin. Darüber wollte keiner sprechen.[2]

Die geopolitischen und ökonomischen Verwerfungen, die politischen Umwälzungen im Westen, die ökonomischen Krisenphänomene, die Bedrohung der Freiheit und das Aufkommen des Populismus sind alles Folgen desselben globalen Phänomens. Der Grund lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Die Vereinigten Staaten sind nicht mehr die unangefochten dominante Wirtschafts- und Militärmacht, die sie nach 1945 waren. Im Jahr 2014 überholte die Wirtschaftsleistung der Volksrepublik China, gemessen an der Kaufkraftparität, die der Vereinigten Staaten, wenngleich die USA (noch) über die bei Weitem überlegene Militärmacht verfügen. »Das Zentrum der Weltwirtschaft wandert. Langsam ahnen wir, dass wir in Deutschland und Europa nicht mehr dazugehören. Aber auch die ökonomische Vorherrschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, die das heutige globale Wirtschaftssystem prägt, ist keinesfalls gesichert«, schrieb ich 2006 in *Der Crash kommt*.[3] Die Auswirkungen dieser Gezeitenwende spüren wir in allen Bereichen, weltweit.

Das soll es gewesen sein? Eine solch einfache Erklärung soll das Chaos erklären, dass derzeit auf der Welt herrscht? Den Aufstieg des Populismus? Die Kriegsgefahr? Wenn es nach Robert Gilpin geht: ja.

Der große John Maynard Keynes (der im Übrigen kein »Keynesianer« war) schrieb dazu 1919 in seiner mutigen Schrift zu den ökonomischen Folgen des Vertrags von Versailles:

> Die großen Ereignisse der Weltgeschichte werden oft durch säkulare Veränderungen im Bevölkerungswachstum oder andere fundamentale ökonomische Ursachen hervorgerufen, und werden, weil sie durch ihren graduellen Charakter der Aufmerksamkeit der zeitgenössischen Beobachter entgehen, der Dummheit von Staatsmännern oder dem Fanatismus von Atheisten zugeschrieben.[4]

Es sind gerade die graduellen Veränderungen, die sich über einen längeren Zeitraum aufbauen, die zunehmend für Spannungen sorgen, welche sich wiederum, wenn sie nicht angemessen gelöst werden, irgendwann explosionsartig entladen.

Gilpin ist ein Vertreter der realistischen Schule der Politikwissenschaft beziehungsweise der internationalen Beziehungen. Diese Schule geht zurück auf Denker wie Thukydides, Niccolò Machiavelli, Thomas Hobbes, Hans Morgenthau und Carl Schmitt, aber auch Geostrategen wir Alfred Thayer Mahan und Halford Mackinder. Für die Realisten sind Staaten immer noch die entscheidenden Akteure in der internationalen Politik, und sie konkurrieren um Macht, Einfluss, Wohlstand und Prestige. Dabei geht es nicht so sehr um absolute, sondern vor allem um relative Macht und Prestige. Staaten und Nationen vergleichen sich also mit ihren Konkurrenten. Im Wettkampf zwischen Macht und Wohlstand, »power and plenty«, dominiert sehr oft das Motiv des Machtgewinns.[5]

Der griechische Heerführer Thukydides (454 – circa 399/396 vor Christus) gilt bis heute als der Begründer der modernen Politikwissenschaft.[6] In seinem klassischen Geschichtswerk *Der Peloponnesische Krieg* fasst Thukydides die Ursachen für den langen und mörderischen Zermürbungskrieg zwischen Sparta und Athen wie folgt zusammen: »Es war der Aufstieg Athens und die Furcht, die dies in Sparta hervorrief, die den Krieg unvermeidlich machten.«[7] Eine ernüchternde Sicht der Dinge.

Graham Allison ist als langjähriger Dekan der John F. Kennedy School of Government an der Harvard University und Regierungsberater der ultimative Insider. Vor Kurzem veröffentlichte er ein Buch mit dem Titel *Auf Kriegskurs – können Amerika und China der Falle des Thukydides entkommen?*, in dem er die Gefahren dieser Machtverschiebung unter die Lupe nahm.[8] Wie Thukydides kam er zu dem Schluss: »Wenn eine aufsteigende Macht sich anschickt, eine regierende Macht zu ersetzen oder zu verdrängen, sollten die Alarmglocken läuten: Gefahr voraus.«[9]

Robert Gilpin und die hegemonialen Zyklen

Gilpin war ein nüchterner politischer Denker in der Tradition der neorealistischen Schule der Außenpolitik. In seinem Buch *War and Change in World Politics* entwickelte Gilpin ein Zyklenmodell, das die fünf Phasen des Weltsystems beschreibt:[10]

1. Eine dominante Macht steigt auf – sei es durch überlegene Technologien oder eine überlegene Staats- oder Gesellschaftsform, ein besseres Arbeitsethos, Glück oder eine Kombination all dieser Faktoren. Diese Macht

entwickelt sich zu einem unbestrittenen Hegemonen, der die Regeln des Weltsystems maßgeblich bestimmt. Nach 1945 waren das vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika; in ihrem eigenen Herrschaftsbereich zwischen 1945 und 1989 die Sowjetunion.

2. Die Regeln und Institutionen nützen vor allem der Hegemonialmacht, aber sie bringen auch Stabilität und Berechenbarkeit in ein ansonsten chaotisches und anarchisches internationales System, in dem alle Staaten ihre eigenen Ziele verfolgen und in dem ansonsten Instabilität herrschen würde.
3. Neue Mächte steigen auf, sei es, weil der Hegemon sich an seine Privilegien gewöhnt und Arbeitsethos und Wirtschaftskraft nachlassen, sei es, weil der Hegemon zu viele Mittel in die Rüstung steckt, oder sei es, weil an anderer Stelle überlegene Technologien oder Gesellschaftsmodelle entstehen.[11]
4. Der Hegemon verteidigt nun seine Vormachtstellung immer aggressiver, er führt eine restriktive Wirtschaftspolitik ein, erhöht die Tributforderungen gegenüber seinen Vasallen oder Verbündeten und versucht, potentielle Rivalen mit allen Mitteln zu schwächen. Wenn die Führungsnation ihre eigenen Interessen immer unverhohlener durchsetzt, wird die Legitimität der internationalen Regeln zunehmend infrage gestellt. Das ist leider oftmals gerade dann der Fall, wenn neue Rivalen am Horizont auftauchen.[12]
5. Wenn Herausforderer der Zentralmacht zu nahekommen, ist die Gefahr groß. In der Vergangenheit haben solche Situationen oft, wenn auch nicht immer, zu großen Kriegen geführt. Das letzte Mal war das nach 1900 der Fall, als das britische Empire sich im Niedergang befand und das Deutsche Reich, das japanische Kaiserreich und die Vereinigten Staaten von Amerika als potentielle Konkurrenten auf der Weltbühne erschienen, davor zwischen 1652 und 1784, als England und die Niederlande in vier Kriegen um die Seeherrschaft und Handelsrouten kämpften, davor in verschiedenen Kriegen zwischen England und Spanien und so weiter und so fort.

Gilpin war kein Alarmist. Er legte Wert darauf, dass sein Konzept des internationalen politischen Wandels kein Prognosemodell sei, sondern, wie fast die gesamte Politikwissenschaft, analytisch und deskriptiv, und einen konzeptionellen Rahmen darstelle, um bestimmte Phänomene zu analysieren.[13] Aber er erklärte auch, dass

sich seiner Meinung nach die Natur der internationalen Beziehungen im Laufe der Jahrtausende, seit Thukydides seine Geschichte des Peloponnesischen Kriegs verfasste, nicht wirklich geändert habe.[14]

Oft wird das Argument vorgebracht, dass die menschliche Geschichte »offen« sei und Nachdenken über Zyklen zu nichts führe. Der bekannte und erfolgreiche Hedgefondsmanager Ray Dalio analysiert in einem 2018 erschienenen Buch, wie sich große Schuldenzyklen und Schuldenkrisen entwickeln und abspielen und schreibt: »Wann immer ich über Zyklen spreche, speziell große und langfristige Zyklen, gehen die Augenbrauen der Leute hoch. Die Reaktionen, die ich bekomme, sind ungefähr dieselben, als wenn ich über Astrologie sprechen würde. Deswegen möchte ich betonen, dass ich nur über Sequenzen von Ereignissen spreche, denen eine innere Logik zugrunde liegt und die in bestimmten Mustern auftreten.«[15] Gilpins Zyklenmodell sollte also zumindest als Denkansatz ernst genommen werden, gerade, wenn es Unbehagen hervorruft. Mit seiner »Nicaragua«-Warnung vom Frühjahr 1990 lag er auf jeden Fall beängstigend richtig.

Den Realisten zufolge wird die internationale Politik nach wie vor von Staaten dominiert, auch wenn transnationale Konzerne und Akteure durchaus erheblichen Einfluss ausüben. Diese internationale Staatengesellschaft ist anarchisch. Es gibt, anders als in der Innenpolitik, keinen »Gesetzgeber«, sondern mehr oder weniger souveräne Staaten, die, wie schon erwähnt, miteinander um Macht, Prestige und Einfluss in Wettbewerb treten. Dabei bedienen sich Staaten unterschiedlichster Instrumente – vom friedlichen ökonomischen Wettbewerb über kulturelle Einflussnahme und Propaganda bis hin zu Wirtschaftskriegen, Geheimdienstoperationen und militärischen Interventionen.

Krieg ist nach wie vor ein Mittel der Politik, eine »Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln«, wie der preußische Theoretiker des Kriegs, Carl von Clausewitz, zu Beginn des 19. Jahrhunderts schrieb.[16] Realisten betrachten Krieg als die Ultima Ratio der Politik. Nur Staaten, die über ein handlungsfähiges Militär verfügen und sich schützen können, sind letztlich souverän, und nur Atommächte gehören zur obersten Schicht der souveränen Staaten– nur sie sind wirklich souverän. Dass Krieg weiterhin ein Mittel der Politik ist, scheint offensichtlich zu sein, obwohl die Mainstream-Medien diese Tatsache gern herunterspielen: Allein in den knapp zwei Jahr-

zehnten des noch jungen 21. Jahrhunderts gab es über 30 Kriege und kriegerische Auseinandersetzungen, im Durchschnitt also mehr als einen Krieg pro Jahr.

Die internationale Staatengesellschaft ist außerdem hierarchisch: Es gibt mächtige und weniger mächtige, souveräne und weniger souveräne Staaten. Das volle Spektrum der Instrumente steht nur den größten Staaten, den Supermächten, zur Verfügung. Von diesen wiederum sind die USA – trotz des ökonomischen Aufstiegs Chinas – (noch) absolut dominant, »die einzige Weltmacht«, wie es viele amerikanische Theoretiker und Politiker sehen.[17]

In Europa hängen wir immer noch dem Traum überstaatlicher Gemeinschaften nach, sei es auf europäischer Ebene (EU) oder für die Welt (UNO). Die Vereinigten Staaten scheinen an die Idee der Völkergemeinschaft hingegen nur mit einer – aus ihrer Sicht kleinen – Einschränkung zu glauben, nämlich dass sie selber die Gemeinschaft anführen. Einige amerikanische Politikwissenschaftler forschen schon seit den 1980er-Jahren zu der Frage, wie eine Führungsmacht die Welt zu organisieren hat und was passiert, wenn diese Führungsmacht schwächer wird. Natürlich geht man davon aus, dass es immer eine Führungsmacht geben muss, und ebenso natürlich beansprucht Amerika die Führungsrolle für sich.

Wenn militärische Macht nach wie vor die wichtigste Währung der internationalen Politik ist, dann sind die Vereinigten Staaten nach wie vor das mächtigste Land der Welt – im Jahr 2018 waren ihre Militärausgaben höher als die der nächsten sieben Mächte zusammen.[18] Die USA unterhalten mehr als 800 Militärbasen in über 70 Ländern. Das sind 90 bis 95 Prozent *aller* ausländischen Militärbasen auf der Welt. Eine davon befindet sich seit dem Jahr 1898 (!) auf dem Territorium des sozialistischen Klassenfeindes: die Guantanamo Bay Naval Base mit dem berüchtigten Gefangenenlager Guantanamo Bay auf Kuba. Russland, Großbritannien und Frankreich kamen zusammen nur auf 30 Militärstützpunkte.[19] China hatte im Jahr 2018 erst eine Militärbasis in Übersee, diese allerdings im strategisch wichtigen Dschibuti.[20]

Hierarchien sind aus den Organisationsformen der Menschheit nicht wegzudenken. Wir vergleichen uns ständig miteinander und versuchen, unseren Platz zu identifizieren. Wir denken hierarchisch und sortieren Begriffe hierarchisch. Unternehmen und Organisationen sind hierarchisch aufgebaut. Die meisten von uns versuchen, in einer uns angemessenen Rangordnung einen angemessenen Platz zu erreichen und, wenn wir ihn erreicht haben, zu verteidigen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika unterhalten mit Abstand die meisten Militärbasen im Ausland

Quelle: www.basenation.us (2015)

Neuere Forschungen in Anthropologie, Psychologie und Kognitionswissenschaften betonen die große Bedeutung dieser Tatsache. Diese uralten Verhaltensmuster sind evolutionsbiologisch in uns verankert. Wir können diese Urinstinkte überwinden, aber nur, wenn wir uns bewusst sind, wie allgegenwärtig und mächtig sie sind. Um mit dem berühmten Verhaltensforscher und Nobelpreisträger Konrad Lorenz zu sprechen: Wir müssen unsere Natur kennen, um sie zu überwinden.[21]

Viele aktuelle Ergebnisse der verhaltenswissenschaftlichen Forschung belegen, wie wichtig Hierarchien, Status und Macht für das menschliche Zusammenleben sind, sowohl auf individueller Ebene als auch für das internationale System. In ihrer Ausgabe 26/2019 widmete die Wochenzeitung *Die ZEIT* dem Thema Macht ein eigenes Dossier und titelt: »Macht. Warum sie so wichtig ist wie die Liebe«.[22] Im Dossier wird beschrieben, wie Shogun, der Patriarch einer Gruppe von Schimpansen an der Elfenbeinküste, stirbt. Auf einmal fehlte das Alphatier. Die Primatenforscher, die diese Gruppe beobachten, erwarten nun, dass eine heftige und kurze Auseinandersetzung um die Nachfolge erfolgt. Drei potenzielle Nachfolger stehen in den Startlöchern: Jacobo, ein aggressiver Tyrann, Ibrahim, ein kleinerer, ruhiger und abwartender Typ, sowie Kuba, ein großer, körperlich starker und gutmütiger Typ.

Zunächst einmal geschieht allerdings drei Monate lang wenig. »Gelassenheit schien die Gruppe zu erfassen.«[23] Aggressionen und Statusbekundungen fanden deutlich seltener statt. »Kein Chef forderte mehr seine Rechte ein. Wer jetzt einen Fruchtbaum entdeckte, durfte die Früchte als Erster essen. Wer jetzt ein Weibchen begatten wollte, kam auch zum Zug.« Jeder der drei Rivalen zeugte ein Kind. »Die Weibchen suchten sich ihre Partner aus und schienen das neue System gut zu finden.« Allerdings störte etwas. Die Mitglieder der Gruppe hatten zwar Handlungsfreiheit gewonnen, aber die benachbarten Gruppen traten geschlossener und damit stärker auf. Das Gebiet der untersuchten Gruppe schrumpfte. Und die Stresswerte im Urin der Männchen waren *höher* als zu den Zeiten, zu denen die Gruppe eine klare Hierarchie aufwies.

Nach mehr als einem halben Jahr sah der ruhige, abwartende Ibrahim seine Chance. Wieder einmal wollte Jacobo den gutmütigen Kuba tyrannisieren. Ibrahim sprang vom Baum und stellte sich Jacobo entgegen. Gemeinsam mit Kuba jagten sie unter dem Beifall der Weibchen Jacobo vor sich her. Kurze Zeit später erklang Jacobos unterwürfiges Hechelgrunzen. Die Gruppe hatte in Ibrahim ihr neues Alphatier. Seine soziale Intelligenz hatte den Wettbewerb entschieden. Und obwohl die

Mitglieder der Gruppe mit Ausnahme von Ibrahim unfreier waren, fühlten sich alle wohler. Natürlich ist die Geschichte aus dem Schimpansenreich nicht eins zu eins auf den Menschen übertragbar. Aber wir teilen 99 Prozent unseres Erbguts mit unseren nächsten Verwandten im Tierreich.[24] Die Autoren des *ZEIT*-Dossiers finden das Beispiel aus dem Dschungel durchaus hilfreich, »weil einige Primatenforscher für das, was sie im Dschungel sehen, den Begriff ›Politik‹ angemessen finden. […] Die Politik ist der Ort, an dem sich Macht in Reinform zeigt. An dem die Macht ständig infrage gestellt wird, sich immer wieder neu beweisen muss.«[25]

Auch die meisten Menschen benötigen Hierarchien, um als soziale Lebewesen zu funktionieren. Hierarchien erleichtern das Zusammenleben, indem sie viele Transaktionen leichter machen. Wenn sie ge- oder zerstört werden, müssen neue Hierarchien in einem oft aufwendigen Prozess hergestellt werden. Der amerikanische Psychologe, Bestsellerautor und YouTube-Star Jordan Peterson leitet aus dieser Grunderkenntnis »Zwölf Regeln« für das Leben ab.[26] Können wir uns nicht mehr vergleichen oder haben wir wenig Chancen, auf unserer sozialen Leiter nach oben zu steigen, weil zum Beispiel die Sprossen zu weit auseinander sind oder es uns an Chancen mangelt, ist die Gesellschaft empfindlich gestört.[27]

Wir brauchen Ungleichheit, um uns vergleichen zu können, aber zu große Ungleichheit kann eine Gesellschaft zerstören, weil sie bei den Benachteiligten zu Depression oder Aggression führen kann. Ich werde später in diesem Buch noch darauf zurückkommen, wenn es um den inneren Zustand der Gesellschaften in den Industrienationen geht.

Was für Individuen innerhalb einer Gruppe gilt, gilt auch für Gruppen von Menschen, Nationen und Staaten. Sogar in den meisten Industrien setzen ein oder mehrere dominante Unternehmen die Regeln für alle. Wenn die Rangordnung klar ist, lebt es sich leichter. Und wenn sie infrage gestellt wird oder erodiert, beginnt eine Zeit der Instabilität und Unsicherheit, bis sich eine neue Ordnung etabliert hat.

Die amerikanische Weltordnung von 1945 bis 1990

Die Nachkriegsordnung war eine amerikanische Ordnung. Die Vereinigten Staaten von Amerika spielten die entscheidende und dominante Rolle bei ihrer Genese. Spät in den Zweiten Weltkrieg eingetreten – die Hauptlast im Kampf gegen Nazi-

deutschland hatte die Sowjetunion zu tragen –, konnten die USA durch den Krieg ihr gigantisches Produktionspotential entfalten. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs trugen die Vereinigten Staaten 40 Prozent der Weltwirtschaftsleistung bei, hatten eine florierende Wirtschaft mit unzerstörten Produktionsanlagen und verfügten als einzige Macht über Atombomben.

Nachdem die USA unter den Präsidenten William McKinley und Theodore Roosevelt um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert spät, aber wenig zimperlich, zur Imperialmacht wurden, setzte nach dem Ersten Weltkrieg eine Rückbesinnung auf die eigene Hemisphäre ein, die auch als die Phase des »Isolationismus« bezeichnet wird. Im Jahr 1921 wurde der einflussreiche Think Tank Council on Foreign Relations, dem viele Industrielle und Bankiers angehörten, gegründet, um eine neue globale Rolle für die USA zu entwerfen.

Der Einfluss des von Globalisten dominierten Council of Foreign Relations auf die amerikanische Nachkriegspolitik darf nicht unterschätzt werden. Während und nach dem Zweiten Weltkrieg war er der zentrale Dreh- und Angelpunkt der Planung der amerikanischen Außenpolitik. In den von der Rockefeller-Stiftung finanzierten »War and Peace Studies« dieser Institution wurden in Studiengruppen die Rahmenbedingungen für die Gründung der Vereinten Nationen und den Marshallplan erarbeitet. Heute gibt es eine Vielzahl von Organisationen, Think Tanks und Stiftungen, die sich mit der internationalen Politik oder Teilaspekten befassen. Aber der Council on Foreign Relations ist immer noch der Primus inter Pares. In dieser Zeit entstanden:

- die Vereinten Nationen, die auf die Declaration of United Nations am 1. Januar 1942 durch 26 Staaten der Anti-Hitler-Koalition in Washington zurückgehen und deren Charta am 26. Juli 1945 von 50 Nationen in San Francisco unterzeichnet wurde;
- die Unterorganisationen der Vereinten Nationen, wie zum Beispiel der Internationale Gerichtshof und der Sicherheitsrat;
- die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), auch »Weltbank« genannt, und der Internationale Währungsfonds, die auf der Konferenz von Bretton Woods in New Hampshire vom 1. bis 22. Juli 1944 verhandelt wurden, wo die Weichen für die Währungsordnung der Nachkriegszeit gestellt wurden;

- das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), das 1947 verhandelt wurde und 1948 in Kraft trat;
- die NATO (North Atlantic Treaty Organization), die auf die Brüsseler Verträge vom 17. März 1948 zurückgeht und am 4. April 1949 durch die Unterzeichnung des Nordatlantikvertrags durch Belgien, Dänemark (mit Grönland), Frankreich (mit den französischen Gebieten in Algerien), Großbritannien (mit Malta), Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal und die USA gegründet wurde;
- der Atomwaffensperrvertrag, der 1968 von den USA, Großbritannien und der Sowjetunion unterzeichnet wurde und 1970 in Kraft trat.

Wie sehr all diese Verträge bis auf den letztgenannten auf das gemeinsame Agieren von zwei Mächten zurückgehen, zeigt die Entstehungsgeschichte der Vereinten Nationen. Ursprung ist letztlich die Atlantik-Charta vom 14. August 1941, eine gemeinsame Erklärung der damaligen Regierungschefs der USA, Franklin D. Roosevelt, und Großbritanniens Winston S. Churchill. Unter größter Geheimhaltung wurde sie bei einem Treffen der beiden auf dem britischen Schlachtschiff *HMS Prince of Wales* vor Neufundland verhandelt. In der kurzen und sehr allgemein gehaltenen Charta, deren »Geist« auch in die späteren Gründungsdokumente der Vereinten Nationen einfloss, heißt es zum Beispiel im achten und letzten Punkt:

> Sie (der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Roosevelt und Premierminister Churchill als Vertreter der Regierung Seiner Majestät des Vereinigten Königreichs) sind von der Notwendigkeit überzeugt, dass aus praktischen wie aus sittlichen Gründen alle Völker der Welt auf den Gebrauch der Waffengewalt verzichten müssen.

Doch auch fast 80 Jahre später sind es die USA, die weiterhin weitaus die meisten Kriege führen und zur Durchsetzung ihrer Ziele am häufigsten Waffengewalt einsetzen; ob berechtigt oder unberechtigt, sei dahingestellt.[28]

Die internationalen Institutionen, die heute das Zusammenleben der Völker bestimmen, wurden von den Vereinigten Staaten aus Eigeninteresse konzipiert und tragen alle deren Handschrift. Selbst Großbritannien als Amerikas engster Verbündeter musste bei den Verhandlungen über die künftige Weltwirtschaftsordnung

1944 in Bretton Woods die eigenen Positionen weitgehend aufgeben. Niemals wäre es einem amerikanischen Präsidenten eingefallen, Verträge abzuschließen, die vielleicht im Sinne der Völkergemeinschaft wären, aber handfesten Interessen des eigenen Landes zuwiderliefen.

Dass die Institutionen der Nachkriegsordnung einen Rahmen für eine stabile internationale Ordnung lieferten, die auch anderen Ländern nützte, war quasi ein Nebenprodukt. Dazu musste diese Ordnung anderen Staaten und Völkern ausreichende Vorteile bieten, sie musste »legitim« sein. Lange war das auch so. Die Länder profitierten von dem System.

Militärisch war die Welt in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in zwei Blöcke gespalten: die USA und ihre NATO- und SEATO-Verbündeten auf der einen Seite, die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Pakts auf der anderen. Es herrschte ein Gleichgewicht des Schreckens. Innerhalb der beiden Bündnissysteme gab es jeweils klare Hierarchien: die jeweiligen Supermächte USA und UdSSR standen an der Spitze, die anderen Nationen weiter unten in der Rangordnung. Manchmal gab es eine abgestufte Rangordnung, wie zum Beispiel bei den Kapitalanteilen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, die nach Wirtschaftsstärke vergeben wurden, manchmal gab es eine Zweiklassengesellschaft, wie zum Beispiel im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und beim Atomwaffensperrvertrag.

Im Sicherheitsrat haben zum Beispiel die fünf ständigen Mitglieder, die USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien als Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, ein Vetorecht. Es ist also ausgeschlossen, dass jemals eine dieser Mächte für einen Angriffskrieg völkerrechtlich verurteilt wird oder dass jemals die Vereinten Nationen militärisch gegen eines dieser Länder vorgehen. Wenn die Vereinten Nationen die Weltpolizei sein sollen, haben sie einen massiven Konstruktionsfehler. Der Schweizer Friedensforscher Daniele Ganser, der für seine offene Kritik völkerrechtswidriger Kriege schon viele Angriffe erleiden musste, illustriert dies mit dem Beispiel einer Verbrecherbande, die ein Mitglied bei der Polizei sitzen hat, das sinnvolle Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung verhindert, wenn es um die eigenen Leute geht.[29] Natürlich garantiert die Konstruktion des Sicherheitsrats den fünf ständigen Mitgliedern einen großen Vorteil.

Ähnlich asymmetrisch geht es im Atomwaffensperrvertrag zu, der die Welt in Besitzer (von Atomwaffen) und Habenichtse aufteilt und diesen Status auf ewig

zementieren soll. In diesem Vertrag verpflichten sich diejenigen Mächte, die über keine Atomwaffen verfügen, auch weiterhin, nicht deren Besitz oder Entwicklung anzustreben. USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und die Volksrepublik China, ferner Indien und Pakistan, sind schon länger Atommächte. Israels Atomwaffen sind ein offenes Geheimnis, und Nordkorea zeigt seit 2005 ganz unverhüllt, dass es Kernwaffen besitzt.

Auch die NATO ist asymmetrisch angelegt. So wird die Organisation militärisch traditionell immer von einem Amerikaner geführt. Was wir Deutschen weitgehend verlernt haben, nämlich die Wahrung nationaler Souveränität, steht für die USA ganz oben auf der Prioritätenliste. Niemals würden die USA es zulassen, dass amerikanische Soldaten in signifikanter Zahl unter nicht-amerikanischem Oberbefehl dienen.

Der Fortbestand der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges und ihre Ausdehnung nach Ost- und Südosteuropa muss in Russland das Gefühl der Einkreisung und Konfrontation hervorrufen. Das machte schon 1996 niemand anderes als Boris Jelzin gegenüber seinem Duzfreund Bill Clinton zum Thema: »Wie denkst du, sieht es für uns aus, wenn ein Block weiter existiert, während der Warschauer Pakt aufgelöst wird?« Jelzin sprach explizit von einer »neuen Form der Einkreisung«.

Versprochen worden war etwas anderes. Am 31. Januar 1990 sagte Außenminister Hans-Dietrich Genscher in einer Rede in Tutzing zu, dass es »eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt näher an die Grenze der Sowjetunion heran«, nicht geben werde. Und wenige Tage später, am 9. Februar 1990, versicherte der amerikanische Außenminister James Baker im Katharinensaal des Kreml den Russen, das Bündnis werde seinen Einflussbereich »nicht einen Inch weiter nach Osten ausdehnen«, so Bruno Bandulet. Allerdings wurden diese Versprechen nie in Form eines Vertrages festgehalten.

Zunächst fand sich Russland mit der NATO-Osterweiterung ab, zog aber die rote Linie spätestens, als die NATO im April 2008 gegen deutschen und französischen Widerstand beschloss, auch noch Georgien und die Ukraine aufzunehmen (ohne ein Datum festzulegen).[30]

Da NATO-Kriege zum großen Teil in Europa stattfinden würden, birgt dies auch Gefahren, denn Artikel 5 des NATO-Vertrags verpflichtet die Mitglieder zum gegenseitigen Beistand: »Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen

sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen […] der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet.«[31]

Was aber stellt einen solchen Angriff dar? Bereits der Abschuss eines NATO-Flugzeugs in der Nähe der russischen Grenze, ein Vorfall, der im Zuge der massiven NATO-Aufrüstung im Baltikum und der Ostverschiebung des Bündnisses leider nicht mehr ganz auszuschließen ist? Würden in einem solchen Fall ein amerikanischer Oberbefehlshaber oder ein amerikanischer Präsident nicht ein anderes Kalkül verfolgen als ein deutscher Bundeskanzler? Immerhin träumen einige Planer in Washington zwischenzeitlich wieder davon, einen Nuklearkrieg mit Russland gewinnen zu können.[32]

Sehr deutlich zeigt sich die Asymmetrie in den Beziehungen auch am Beispiel des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag. Die USA erkennen ihn nur unter erheblichen Vorbehalten an. Im Herbst 2018 drohte der amerikanische Sicherheitsberater dem Gerichtshof, dass die USA es nicht dulden würden, wenn dieser Gerichtshof gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher im US-Militär vorgehen würde.[33] Und im April 2019 wurde bekannt, dass sich der Internationale Gerichtshof dem Druck aus Washington fügt und keine Verbrechen von US-Soldaten verfolgen wird.[34] Die Vereinigten Staaten können somit Personen vor den Gerichtshof bringen, wie zum Beispiel den ehemaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milošević, sie selbst unterwerfen sich aber nicht seiner Gerichtsbarkeit.

Asymmetrische Institutionen wie der UN-Sicherheitsrat oder der Internationale Gerichtshof eignen sich perfekt zur Ausübung von Herrschaft und Macht. Diese Herrschaft ist effektiv, weil die Beherrschten beziehungsweise Beeinflussten oft gar nicht merken, dass sie beherrscht werden. Es handelt sich hierbei um *strukturelle Macht*.

Die Spielarten der Macht

Die großen Staatstheoretiker und Theoretiker der internationalen Politik waren alle auch Theoretiker der Macht. Vielen Menschen jedoch ist es unangenehm, über »Macht« zu sprechen oder auch nur darüber nachzudenken. Politiker und Wirtschaftslenker spielen besonders in der Öffentlichkeit gern ihre Macht herunter (eine beliebte

Taktik der Mächtigen). Was eigentlich verwundert, denn man braucht Macht, um Dinge zu bewegen – ob in der Politik oder in der Wirtschaft.

»Die Macht […] ist ein Energiefeld, das alle lebenden Dinge erzeugen. Es umgibt uns; es durchdringt uns; es hält die Galaxis zusammen«, erklärt in George Lucas' *Star Wars* der Alt-Jedi Obi-Wan Kenobi dem jungen Luke Skywalker.[35] Ohne das Wesen der Macht zu verstehen, lassen sich weder die internationale Politik noch Staaten noch Unternehmen und Organisationen wirklich verstehen. Für unsere Zwecke reicht es an dieser Stelle, die Quellen der Macht in drei Bereiche zu unterteilen:

Militärische Macht ist immer noch die ultimative Macht in internationalen Beziehungen. Ohne militärische Macht kann es keine oder nur eingeschränkte Souveränität geben. Militärische Macht muss nicht immer eingesetzt werden, oft reicht schon das ihr innewohnende Drohpotential. Und es muss nicht immer die größte und bestausgerüstete Armee auch die letztlich siegreiche sein – das zeigte zum Beispiel der Ausgang des Vietnamkriegs. Aber militärische Macht bleibt die Ultima Ratio – und Nuklearwaffen sind die ultimativen Waffen. Vor einiger Zeit war ich Gesellschafter einer kleinen schweizerischen Bank, die vom US-Justizministerium einseitige und aus unserer Sicht sehr unfaire Auflagen bekam. Auch ansonsten agiert das US-Justizministerium so selbstherrlich und machtbewusst, als wäre die schweizerische Finanzmarktaufsicht eine angeschlossene Behörde. Als auf der Generalversammlung ein Aktionär der Bank fragte, warum die Amerikaner sich das herausnehmen können, antwortete der COO der Bank, ein schweizerischer Reserveoffizier, kurz und treffend: »Weil die 6. Flotte im Mittelmeer kreuzt.« Das Drohpotential zählt.

Dies bringt uns zur **strukturellen Macht**. Sie lässt sich sehr gut durch das Bonmot von den Schulden und der Bank beschreiben: Schuldest du der Bank 10.000 Euro, hast du ein Problem, wenn du nicht zahlen kannst. Schuldest du der Bank 10 Millionen Euro, hat die Bank ein Problem, wenn du nicht zahlen kannst. Strukturelle Macht ist nicht immer offensichtlich und gerade deswegen sehr effektiv.

Die USA üben strukturelle Macht aus, indem sie den Zugang zum noch größten Binnenmarkt der Welt damit verknüpfen, dass ausländische Konzerne sich an amerikanische Gesetze halten – auch außerhalb des Staatsgebiets der USA. Wenn in amerikanischen Behörden der Verdacht besteht, dass dies nicht der Fall ist, werden auch schon einmal Manager ausländischer Unternehmen ins Gefängnis gesteckt, wie der Volkswagen-Konzern, einige schweizerische Banken und das chinesische Technologieunternehmen Huawei erfahren mussten.

Strukturelle Macht gibt es auch in Arbeitsverhältnissen. Als Großunternehmen oft die einzigen Arbeitgeber am Ort waren, das Durchschnittseinkommen noch niedrig war und die Mobilität gering, konnten die Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen diktieren. Als Gegenmacht entstand die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Ideologische Macht oder **»Soft Power«**. Der Begriff »Soft Power« stammt von dem Harvard-Professor Joseph Nye.[36] Ein attraktives Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, eine gute Politik, gute Produkte, spannende kulturelle, intellektuelle und wissenschaftliche Angebote können einem Land auch dann Einfluss verleihen, wenn es klein ist oder über wenige oder keine militärischen Machtmittel verfügt. Nye argumentierte, dass den Vereinigten Staaten, obwohl sie relativ schwächer geworden seien als sie es unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren, ein Potential an »Soft Power« zur Verfügung stünde. Ohne Zwangsmittel anzuwenden, könnten die USA so ihre Führungsposition festigen und »andere dazu bringen, Dinge zu tun, die sie sonst nicht tun würden«.[37]

Es besteht kein Zweifel, dass die USA lange über ein enormes Potential an »Soft Power« verfügten: die amerikanischen Universitäten waren die besten der Welt, Hollywood dominierte die Filmindustrie, amerikanische Musiker und Sportler waren ganz vorne. Talente von überall zog und zieht es in die USA. Dass das »brain drain«– das Abwerben von wissenschaftlichem Talent – die Probleme in den Herkunftsländern verstärkt, wird als Kollateralschaden hingenommen.

Dabei setzten die USA, wie andere Groß- und Supermächte, durchaus ihre Machtposition bewusst ein, um »Soft Power« zu erhalten und zu stärken. Zum Beispiel erhalten ausländische Kamerateams für Unterhaltungssendungen in den USA fast keine Drehgenehmigungen, für Dokumentationen in nur sehr begrenztem Umfang. Wenn die amerikanischen Streitkräfte in einem Film auftauchen, muss es auch dafür Drehgenehmigungen geben. Kein Wunder, dass sie in beinahe allen Filmen, in denen sie vorkommen, glorifiziert werden.

Aber die Theorie passt sich der Praxis an: Im einem Aufsatz 2009 konstatierte Nye einen deutlichen Rückgang der »Soft Power« der Vereinigten Staaten.[38] Er fordert nun eine effektive Kombination von »Hard« und »Soft Power«, die er »Smart Power« nennt.[39]

Der Aufstieg der Neokonservativen

Bereits unter Bill Clinton und dann ganz offen unter George W. Bush gewann eine Denkrichtung an Einfluss, die sich für die Verfolgung amerikanischer Ziele mit allen Mitteln, auch den Mitteln des Krieges, aussprach: die Neokonservativen.[40] Ihr politischer Ziehvater war der ewige Kissinger-Rivale Zbigniew Brzeziński, der bereits Ende der 1970er-Jahre für eine expansive Strategie eintrat. Zu den »Neocons« gehören, um nur einige zu nennen, die Intellektuellen Charles Krauthammer, Robert Kagan, Robert Kaplan und Thomas Barnett sowie die ehemaligen Politiker Richard Perle, Paul Wolfowitz, Donald Rumsfeld.

Die Neokonservativen gewannen vor allem auf Kosten der »klassischen Realisten« an Boden, die lange Zeit die Agenda der US-Außenpolitik bestimmt hatten. »Klassische Realisten«, wie Henry Kissinger, waren zwar immer auch Praktiker der Macht – und durchaus Zyniker –, aber sie orientierten sich an dem Prinzip »Leben und leben lassen«, zumindest in Bezug auf die Beziehungen der Großmächte. Kissinger, ein Flüchtling aus Nazideutschland und von 1973 bis 1977 US-Außenminister, vertrat eine Politik der »Balance of Power«. Das bedeutet, Kissinger, der wohl bekannteste »klassische Realist«, erkennt an, dass alle Staaten notwendigerweise Eigeninteressen verfolgen und die Lösung von Konflikten nicht in der totalen Dominanz einer Seite, sondern in einer intelligenten Politik des Ausgleichs liegt. Zwar hinderte dies Kissinger nicht daran, zynisch und skrupellos zu agieren und Kriege und Umstürze zu befürworten, aber er ging in der Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nie aufs Ganze. Vielmehr interessierte ihn, wie sich eine »legitime Ordnung« einrichten ließe.[41] Kissinger war es auch, der in den 1970er-Jahren den Interessenausgleich mit China vorantrieb und eine Öffnung des kommunistischen Landes befürwortete, um in einer multipolaren Welt ein Gleichgewicht herzustellen, ganz wie England es über Jahrhunderte in Bezug auf die anderen europäischen Großmächte praktiziert hatte.

George H. W. Bush (der Vater von George W.) war noch für die alte Weltordnung ausgebildet. Er hatte im Zweiten Weltkrieg gedient und war in einer langen Reihe von diplomatischen Posten und Regierungspositionen auf seine Aufgaben vorbereitet worden. Im Ersten Irakkrieg befolgte er das Prinzip »Leben und leben lassen«, nachdem das Kriegsziel – die Befreiung Kuwaits – erreicht war. Aber auch

er hatte bereits 1991 von einer »neuen Weltordnung« (*new world order*) gesprochen. Er war nicht der erste US-Präsident, der davon träumte.[42] Bereits in der Endphase des Ersten Weltkriegs, als die USA in den Krieg eintraten, bediente sich Präsident Woodrow Wilson dieser Formulierung, um mit dem »Krieg, der alle Kriege beenden soll« (*war to end all wars*), »die Welt sicherer für die Demokratie« zu machen.[43] Die katastrophale Folgegeschichte des Ersten Weltkriegs lehrt uns eine gewisse Skepsis, wenn eine »neue Weltordnung« gefordert wird.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gingen die USA zunehmend zu einer Strategie des »liberalen Interventionismus« über. Andrew Bacevich, ehemaliger Panzeroffizier in Bamberg und langjähriger Leiter des Zentrums für internationale Beziehungen an der Boston University, beschreibt diese Strategie so: »Um Widerstand zu überwinden – zum Beispiel politische Instabilität oder die Weigerung, den Normen eines offenen Weltsystems zu folgen –, wenden amerikanische Politikakteure immer häufiger Gewalt an, auch wenn sie ihre friedlichen Absichten betonen. […] In den 1990er-Jahren erreichte die Bereitschaft Amerikas, militärische Gewalt anzuwenden, um die Dinge in Ordnung zu bringen, neue Höhepunkte.«[44]

Der konservative Kolumnist Charles Krauthammer prägte 1991 kurz nach dem Zerfall des Ostblocks in einem Artikel, der in dem einflussreichen Magazin *Foreign Affairs* erschien, den Begriff des »unipolaren Moments«. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion seien die Vereinigten Staaten die einzige Supermacht: »das Zentrum der Macht in der Welt ist eine in keinerlei Weise infrage gestellte Supermacht, die Vereinigten Staaten, unterstützt von ihren westlichen Verbündeten«. Allerdings wäre die kommende Zeit auch eine Zeit »erhöhter, nicht verringerter, Kriegsgefahren«.[45]Anderthalb Jahrzehnte später (2005) lobte er in einer Rede die Kriegspolitik George W. Bushs und nannte den Neokonservatismus eine »Regierungsideologie, deren Zeit nun gekommen ist. […] Was Neokonservative lange Zeit befürworteten«, würde nun »in den höchsten Regierungsebenen artikuliert und praktiziert«.[46]

Es dauerte einige Jahre, bis sich die Strategie des liberalen Interventionismus verfestigte. Nach 1989 lagen durchaus auch andere Strategien in der Luft als eine Neuauflage des Kalten Kriegs in Europa und eine globale Interventionsstrategie. Anstelle des US-dominierten Verteidigungsbündnisses NATO hätte ja auch die OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, den Kern eines nicht-konfrontativen Systems der kollektiven Sicherheit bilden können.[47]

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 schaltete die neue Strategie der Vereinigten Staaten in den Hyperdrive. In rascher Folge wurde Afghanistan bombardiert und 2003 der Zweite Irakkrieg unter einem erfundenen Vorwand angezettelt. Beginnend mit dem Jahr 2011 erfolgte schließlich die Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens. In dem bereits erwähnten Interview mit Democracy Now stellt der pensionierte Vier-Sterne-General Wesley Clark glaubwürdig dar, dass dies vom Pentagon geplant war.[48]

Ziehvater der Neokonservativen war, wie erwähnt, der ehemalige Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzeziński. Der in Polen geborene Diplomatensohn, der sowohl die Nazibesatzung wie auch die kommunistische Herrschaft erlebt hatte, war zeitlebens ein flammender Antikommunist. Nach seiner Emigration zunächst nach Kanada, dann in die USA befürwortete er eine Politik der Konfrontation mit der Sowjetunion und war maßgeblich daran beteiligt, den Süden der Sowjetunion, zum Beispiel durch die Unterstützung der Mudschaheddin in Afghanistan zu destabilisieren.

Später propagierte Brzeziński eine Politik der Eindämmung und notfalls der Konfrontation mit Russland. In seinem Buch *Die einzige Weltmacht* sah er bereits 1997 den Ukraine-Konflikt voraus:[49] »Allein schon die Existenz einer unabhängigen Ukraine hilft, Russland zu verändern. Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein. Es kann zwar immer noch imperialen Status beanspruchen, würde dann aber in Konflikte mit den zentralasiatischen Staaten verwickelt. […] Wenn Russland aber die Kontrolle über die Ukraine zurückgewinnt, wäre es wieder eine Imperialmacht.«[50]Spannend, wie einer der einflussreichsten amerikanischen Denker vor einem »imperialen Auftrumpfen« Russlands warnt, diese Rolle aber wie selbstverständlich für die USA reklamiert.

Mit den Vorfällen auf dem Maidan-Platz in Kiew begann 2014 die bis heute andauernde Ukraine-Krise, die Annexion der Krim durch Russland und der Bürgerkrieg im Osten des Landes. Monatelang hatten Demonstranten, teilweise gewalttätig, den Platz okkupiert und wurden dabei tatkräftig vom Westen unterstützt. Am 20. Februar 2014 schlossen Regierung und Opposition unter deutscher, französischer und polnischer Vermittlung ein Abkommen, mit dem die bürgerkriegsähnlichen Zustände beendet werden sollten.[51] Wenige Stunden nach Abschluss des Abkommens wurde auf dem Maidan mehrfach und andauernd in die Menschenmenge geschossen. Mehr als 60 Menschen starben. Die Proteste flammten wieder